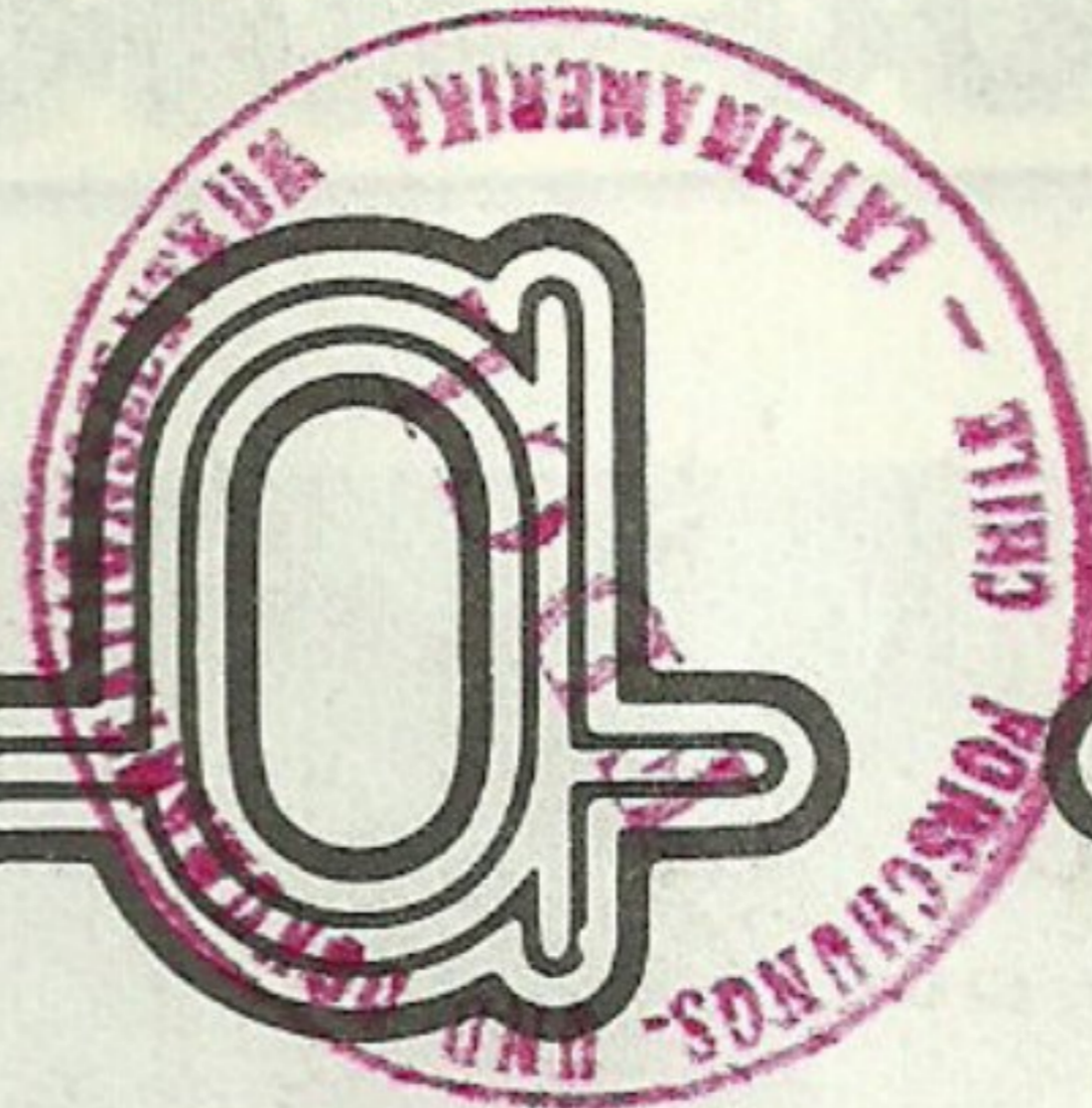


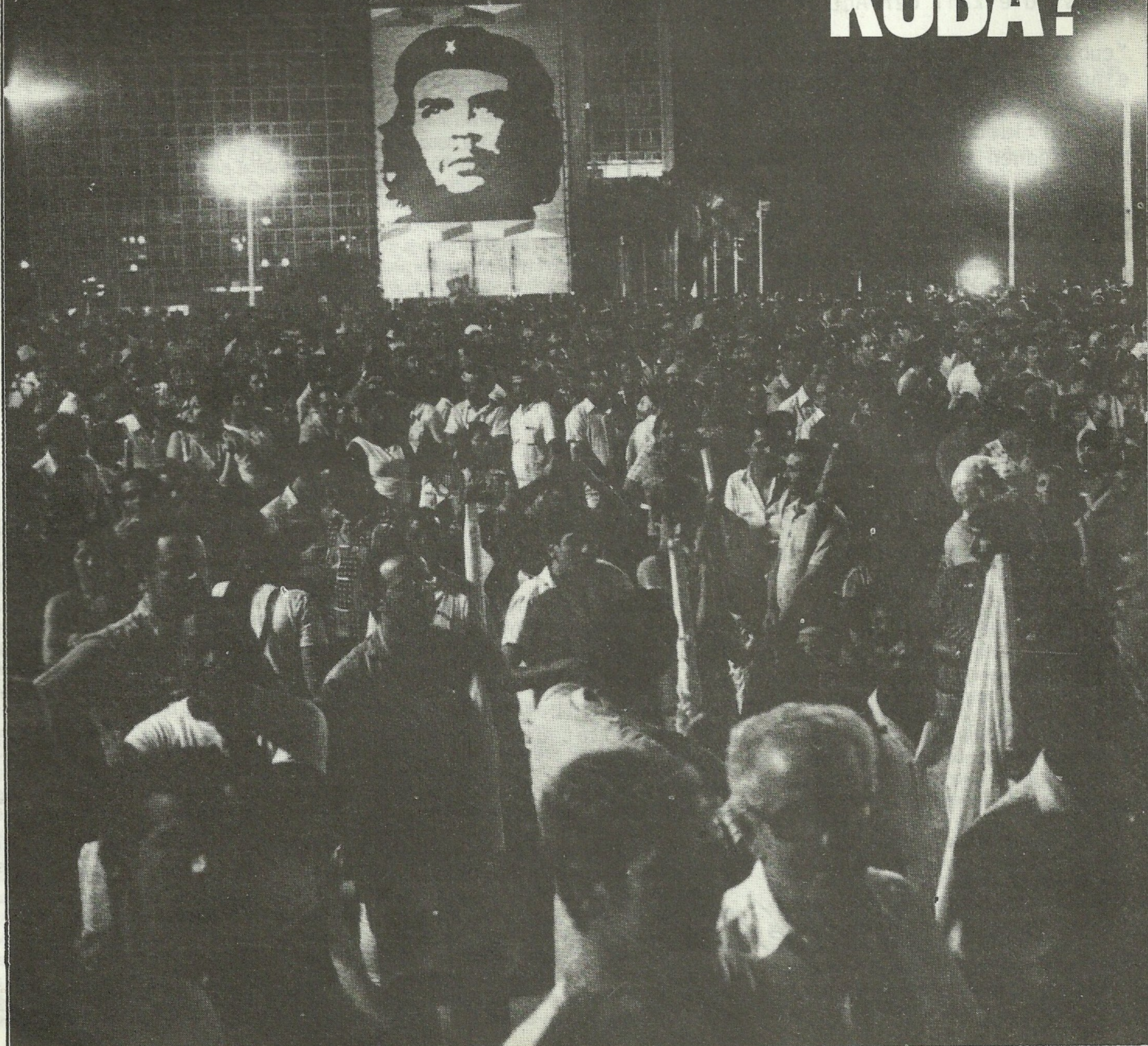
6. Jahrgang 2/1980

# cuba libre



Informationen der Freundschafts-Gesellschaft BRD/KUBA

## KRISE IN KUBA?





*Lieber Kubafreund,*

"cuba libre" hat Zustimmung und helfende Kritik erfahren. Wir seien auf dem richtigen Wege, mit diesem Heft über die Freundschaftsgesellschaft hinaus in die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes zu wirken.

"cuba libre" stellt in dieser Ausgabe die Vorgänge in und um Kuba in den Vordergrund. Es geht um Sachinformationen, um Augenzeugen, die auf Kuba in den letzten Wochen dabei waren, es geht um Hintergründe. So ist die Zahl der Autorenbeiträge angestiegen.

"cuba libre" ist um Authentizität bemüht. Wir wollen einer gezielten Verleumdungskampagne gegen ein Land, mit dessen Volk wir in Freundschaft verbunden sind, mit Aufklärung entgegentreten. Unsere Leser sollen zur eigenen Urteilsbildung finden. Das scheint uns in einer Zeit der krisenhaften Weltentwicklung von großer Bedeutung zu sein. Denn ob im persischen Golf oder in den Gewässern der Karibik - Kanonenbootpolitik bringt auch den Frieden für unser Volk in höchste Gefahr.

"cuba libre" stellt in diesem Heft das Leben und Wirken der Freundschaftsgesellschaft besonders plastisch dar. Der Bogen spannt sich von den Oberhausener Kurzfilmtagen über Veranstaltungen bis hin zu Protestaktionen der Gesellschaft auf dem Bonner Münsterplatz. Aber ebenso wichtig sind für uns die vielen interessanten örtlichen Veranstaltungen, die vom Einfallsreichtum und dem Engagement der Mitglieder unserer Gesellschaft zeugen.

"cuba libre" wirbt weiter um die Mitarbeit der Mitglieder, wünscht sich noch mehr Informationen aus den Gruppen, will künftig noch viel mehr Kubafreunde zu Wort kommen lassen. Natürlich erneuern wir unsere Bitte um Solidarität mit dieser Arbeit. Sie hat viele Formen. Dabei ist die materielle Solidarität die unverzichtbare Grundlage unseres Wirkens.

Venceremos

*das Redaktionskollektiv*

## INHALT

	Seite
Interview mit dem Botschafter Kubas	3
Aus der Bewegung	4
Interview mit José Massip	8
Kuba aktuell: Hintergründe der Vorgänge in Kuba	9
Rede Fidel Castros vom 8.3. (Auszüge)	13
Das neue Selbstbewußtsein der Lateinamerikaner	15
Kubas Ausreiseerlaubnisse werden in schiefes Licht gerückt	16
Chronologie	17
Christen in Kuba	18
Grenada	20
aus der Geschäftsstelle	21
Tips & Termine	22
Reise nach Kuba	23

### IMPRESSUM:

cuba libre erscheint viermal im Jahr.

**Herausgeber:** Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Sternenburgstraße 73, 5300 Bonn 1, Telefon (02221) 210648.

**Redaktion:** Fritz Noll (verantwortlich), Germete von Müller, Irene Bielitz-Wollenberg.

**Druck:** Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss

**Preis:** Für Mitglieder kostenlos; Abo für Nichtmitglieder: pro Ausgabe 3,- DM plus Porto.

**Konto:** Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, Zweigstelle am Hauptbahnhof, Konto-Nr. 1202999900.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Verschiedene Vorgänge auf Kuba liefern zur Zeit den bürgerlichen Medien den Vorwand zu wilden Spekulationen und großen Schlagzeilen. Was auf Kuba wirklich vor sich geht, darüber sprach Fritz Noll mit dem kubanischen Botschafter in Bonn, Alberto Boza Hidalgo-Gato.



Foto: Tripp

Botschafter Kubas, Hidalgo-Gato:

## „Das Volk steht hinter der Revolution“

**F.N.:** *Companero Botschafter: In den Massenmedien der USA und Westeuropas wird zur Zeit eine antikubanische Kampagne geführt, die die in den letzten fünf Jahren sich positiv entwickelnden Beziehungen zwischen unseren Ländern stark belasten muß. Welche Hintergründe sehen Sie für diese antikubanische Stimmungsmache?*

**Botschafter Boza Hidalgo-Gato:** Es ist richtig, daß sich eine Kampagne gegen Kuba entwickelt hat, und es besteht kein Zweifel daran, daß sie zum Ziel hat, dem Ansehen der kubanischen Revolution zu schaden. Aber die, die diese Kampagne entwickelt haben, begehen einen großen Irrtum, wenn sie denken, daß die Vorgänge in der Botschaft Perus der Revolution Hindernisse in den Weg stellen würden. Das kubanische Volk hat mit seiner Standhaftigkeit, mit seiner Festigkeit und seiner Disziplin diese Absicht vereitelt.

Es ist nicht das erste Mal, daß man Kampagnen gegen die kubanische Revolution entwickelt. Aber in allen vorherigen Fällen wurden die Feinde der kubanischen Revolution besiegt, und sie haben nie ihr Ziel erreicht. Im Gegenteil, die Revolution wurde gestärkt, und das revolutionäre Bewußtsein unseres Volkes hat sich erhöht. Diese Aktionen, die gegen Kuba gerichtet sind, haben sich wie ein Bumerang gegen jene ausgewirkt, die sie angezettelt haben. Dies ist historisch erwiesen. Und dieser Fall wird keine Ausnahme sein.

**F.N.:** *Immer wieder wird in den hiesigen Massenmedien behauptet, die sozialistische Gesellschaft in Kuba „sei am Ende“, insbesondere die kubanische Wirtschaft bräche zusammen. Welche Probleme haben Sie in Ihrem Land und wie werden sie gelöst?*

**Botschafter Boza Hidalgo-Gato:** Die in 21 Jahren erreichten Errungenschaften der kubanischen Revolution sind gut bekannt, auch in den internationalen Organisationen. Kuba garantiert den Kindern das Recht auf Leben, der Jugend das Recht zu lernen, dem Volk das Recht auf Gesundheit und Arbeit. Dies zu erreichen, bedeutet für breite Massen in den Ländern

Lateinamerikas noch eine sehr weit entfernte Hoffnung. Keine der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen Kuba im Moment konfrontiert ist, wurden geheimgehalten. Im Gegenteil, sie wurden öffentlich diskutiert, in unserer Partei, in den Massenorganisationen, im ganzen Volk. Wir sind mit den Folgen einer heute noch immer andauernden Blockade konfrontiert.

Wir spüren die Auswirkungen einer wirtschaftlichen internationalen Situation, wo in der kapitalistischen Welt die Inflation grassiert. Wir haben in den letzten Jahren Schwierigkeiten mit dem Zuckerpreis gehabt. Diese objektiven Schwierigkeiten haben wir vor niemandem geheimgehalten. Wir arbeiten mit größerem Enthusiasmus, mit besserer Organisation und Disziplin, um die aufgetretenen Schwierigkeiten zu überwinden und um die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, die die Revolution unserem Volk gebracht hat, weiter voranzubringen.

### Stolz auf das Erreichte

Alles, was in Kuba in den letzten Jahren für die Menschen erreicht wurde und worauf wir stolz sind, ist ein Beweis und eine Demonstration dafür, was der Sozialismus bewirken kann, trotz aller wirtschaftlichen objektiven Schwierigkeiten. An dem Kampf zur Überwindung gegenwärtiger Schwierigkeiten ist unser ganzes Volk beteiligt. **F.N.:** *Glauben Sie, daß die USA mit den Militärmanövern, die sie in der Karibik durchführen wird, aggressive Ziele gegen Kuba verfolgen? Oder haben sie zusätzliche andere Zielsetzungen?*

**Botschafter Boza Hidalgo-Gato:** Kuba war immer darauf vorbereitet gewesen, sich mit jedweder Aggression auseinanderzusetzen, einschließlich der direkten Aggression des Imperialismus. Ein Vorhaben dieser Art gegen Kuba wäre schlichtweg verrückt. Aber man muß berücksichtigen, daß genau in diesen Tagen in Washington bestätigt wurde, daß in nächster Zeit Manöver der US-amerikanischen Luftwaffe,

der Infanterie und der Marine für die Dauer von drei Wochen in der Karibik durchgeführt werden sollen, an denen viele Tausende Soldaten, Dutzende von Schiffen und Hunderte von Flugzeugen beteiligt sein werden. Eingeschlossen in dieses Manöver ist die Landung von etwa 2000 Marineinfanteristen auf dem US-amerikanischen Flottenstützpunkt Guantanamo.

### US-Manöver bedrohen nicht nur Kuba

Der Flottenstützpunkt ist ein kleines Territorium in Kuba, das weiterhin illegal und gegen den Willen unseres Volkes von den Vereinigten Staaten besetzt wird. Diese Manöver und die Ziele, die sie verfolgen, werden von unserem Volk aufs schärfste zurückgewiesen. Unser Volk reagiert mit derselben Entschlossenheit und mit demselben Kampfgeist, der unsere Revolution zum Siege führte. Es steht geeint, entschlossen und wachsam hinter der Losung Vaterland oder Tod. Am selben Tag, an dem die Landung von Marineinfanteristen auf dem Flottenstützpunkt Guantanamo stattfindet, werden in ganz Kuba Protestdemonstrationen vom ganzen Volk durchgeführt, und die Bevölkerung Havannas wird vor der US-amerikanischen Interessenvertretung in Kuba vorbeimarschieren und seine tiefste Abscheu gegen dieses Manöver zum Ausdruck bringen. Wir rechnen auch mit der Solidarität aller Freunde der kubanischen Revolution auf der ganzen Welt. So wie es in der Erklärung des kubanischen Außenministeriums heißt, richten sich diese Manöver nicht nur gegen Kuba, sondern auch gegen den Kampf des Volkes von El Salvador.

**F.N.:** *Seit über einem Jahrzehnt praktiziert Ihre Regierung eine großzügig gehandhabte Ausreisepolitik. Welche Gründe gibt es für die spektakuläre Aktion, die sich seit dem 1. April auf dem Gelände der peruanischen Botschaft in Havanna abspielt?*

**Botschafter Boza Hidalgo-Gato:** Unzweifelhaft ist diese Kampagne der Feinde Kubas Teil einer Verschwörung, die sich gegen unser



Land richtet. Während des gesamten Prozesses der Revolution hat Kuba immer seine Türen den geöffnert, die aus jedweden Gründen heraus ein Interesse daran hatten, zu gehen. Für unser Volk war es immer klar, welches die Gründe für diese Kampagne gegen die Revolution waren, die von unseren Feinden organisiert wurde. So auch heute.

Das kubanische Volk identifiziert sich vollkommen mit der Erklärung unseres Commandante Fidel Castro, der Aufbau des Sozialismus sei eine absolut freie und freiwillige Aufgabe. In dieser ganzen Kampagne behauptet man im Ausland, daß es falsch wäre zu sagen, diese Personen wären kriminelle oder antisoziale Elemente. Aber es ist richtig, daß nach dem 1. April die Zahl der Diebstähle in der Hauptstadt sank. Wir schämen uns nicht zu sagen, daß wir noch immer Arbeitsscheue, Kriminelle und asoziale Menschen haben. Trotzdem registriert unser Land die niedrigste Quote an Kriminalität, Drogenmißbrauch, Glücksspiel und anderer Verbrechen in der Hemisphäre.

Es ist klar, was die Feinde der Revolution mit der jüngst entfachten Kampagne gegen Kuba verfolgen. Wie es die Zeitung Granma in ihrem Leitartikel schrieb, wurde innerhalb von 21 Jahren Hunderttausenden erlaubt, das Land zu verlassen. Welche Rechtfertigung könnte irgendeine Botschaft haben, die Delinquenten und Lumpen, die gewaltsam in ihr Gelände eindringen, als erprobte Helden zu beschützen, ihnen Asyl zu gewähren und sie aufzunehmen.

Jedoch lehnten sie Visa für Personen ab, die sie

auf normalem und friedlichem Wege beantragt hatten. Wie es in diesem Leitartikel lautete, haben die USA in den letzten Monaten zu illegalen Ausreisen und Schiffsentführungen angestachelt. Diese Geschehnisse forderten die Verletzungen der diplomatischen Vertretungen.

**F.N.:** Wir wissen um den Einfluß und die Ausstrahlung der kubanischen Revolution auf die Völker Lateinamerikas, Afrikas und Asiens. Wie steht es heute um das Ansehen Kubas in diesen Ländern?

**Botschafter Boza Hildalgo-Gato:** Das Prestige der kubanischen Revolution basiert nicht auf leeren Worten, sondern auf konkreten Taten sowie auf der uneigennütigen solidarischen und internationalistischen Hilfe, die Kuba anderen Völkern geleistet hat und weiter leistet.

### Unser Ansehen ist gewachsen

Unsere Politik hat immer auf einer prinzipienfesten Position basiert, wie es unserer marxistisch-leninistischen Ideologie entspricht. Man darf nicht vergessen, daß nach dem Triumph der kubanischen Revolution in Amerika eine neue Seite der Geschichte geschrieben wurde. Und nach diesem revolutionären Sieg wurde alles anders. Die kubanische Revolution stellt ein Beispiel dafür dar, was es bedeutet, eine unbestechliche Position der Prinzipien der Unabhängigkeit, der Souveränität und des Internationalismus zu halten.

**F.N.:** Die demokratischen Kräfte unseres Vol-

kes haben seit über zwei Jahrzehnten den revolutionären Weg Kubas mit Sympathie und Bewunderung unterstützt. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern haben sich in den letzten Jahren in vielfältiger Weise positiv entwickelt. Welche Chancen geben Sie dem Fortgang dieser Beziehungen, und welche Erwartungen haben Sie an die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes?

**Botschafter Boza Hildalgo-Gato:** Die kubanische Revolution hat immer auf die Unterstützung und die Solidarität aller fortschrittlichen demokratischen und friedliebenden Kräfte gezählt. Wir glauben, daß nichts geschieht, was auch nur im geringsten die Beziehungen unseres Volkes zu anderen Völkern beeinträchtigen könnte. Ganz im Gegenteil. Wir glauben, daß die Vernunft und die Wahrheit sich einen Weg bahnen werden. Wir sind überzeugt, daß die Beziehungen unseres Volkes zu anderen Völkern sich weiterhin positiv entwickeln werden, und daß die kubanische Revolution weiterhin auf die uneigennütige und bedingungslose Solidarität aller demokratischen Kräfte rechnen kann.

Heutzutage hat unser Land den Vorsitz der nichtpaktgebundenen Staaten inne, und sein Prestige ist größer und gefestigter wie je zuvor. Wir glauben, daß die kubanische Revolution und ihre Entwicklung auf eine immer größere Zahl von Freunden in aller Welt wird rechnen können. Diese Solidarität hat – da sind wir ganz sicher – unser Volk wieder einmal feststellen können, und sie wird sich weiterentwickeln und in den verschiedensten Formen ausdrücken. ★★ ★

## aus der Bewegung

### Köln

Die Kölner Gruppe hat in den Monaten März/April drei Videofilme über „Musik in Kuba“ bei Mitgliederversammlungen der Freundschaftsgesellschaft gezeigt. Diese Filme sind jeweils eine Stunde lang, sehr informativ und bringen den kubanischen Rhythmus in die Gruppe!

Außerdem hat sich gezeigt, daß bei vielen Mitgliedern ein großes Bedürfnis besteht, neben der Politik auch mal was über Kultur in Kuba zu erfahren. Diese Filme sind wie geschaffen dazu. Wir verleihen die Video-Cassetten gerne auch an andere Gruppen. Um sie zu zeigen, braucht man einen Farbfernseher und einen VHS-Video recorder. Bestellen bei: Germute von Müller, Neusser Straße 360, 5000 Köln 60, Telefon (02 21) 7 60 44 83.



Mitglieder der Kölner Gruppe bei der 1. Mai-Demonstration 1980





### Wuppertal

Seit dem Juli 1979 gibt es eine arbeitende lokale Gruppe der Freundschaftsgesellschaft in Wuppertal und Umgebung. Von Anfang an stand fest, daß wir unsere Tätigkeit nicht auf Mitgliederversammlung und Rumverkauf beschränken wollten. Wir hatten vor, sowohl politisch informierend nach außen zu wirken, als auch unseren Mitgliedern Angebote zur Selbstbetätigung zu geben. Bei beidem kam uns der Umstand zugute, daß wir bei der Auswahl des ersten Treffpunktes nicht bei Schule oder Kneipe hängenblieben, sondern auf das Wuppertaler Kommunikationszentrum „Die Börse“ verfielen. „Die Börse“ versteht sich als Ort der Begegnung auch für Gruppen und Initiativen verschiedenster Zusammensetzung und Zielrichtung. Auf den monatlichen Treffs, während denen die Gruppen sich selbst darstellen, Probleme diskutieren und Projekte vortragen, haben wir jetzt regelmäßigen Kontakt zu anderen Lateinamerika-Initiativen (Chile-, Argentinien-Komitee, Nicaragua-Büro). Ein Infostand der Freundschaftsgesellschaft auf einem Lateinamerikatag der „Börse“ fand reges Interesse. Besonders erfreulich für uns gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Kommunikationszentrum, als es um die Durchführung eines Spanischkurses der Gruppe gehen sollte. Die „Börse“ informierte uns darüber, daß es möglich sei, den Spanischkurs in ihr Weiterbildungsprogramm zu integrieren, und zugleich Mittel nach dem Weiterbildungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen über den Paritätischen Wohlfahrtsverband zu beantragen. Für jede Stunde eines solchen Kurses stehen 21,50 zur Verfügung. Die „Börse“ behält 30 Prozent zur Finanzierung ihrer Aktivitäten ein, der Rest steht für die Kursdurchführung zur Verfügung. Zugleich erreichen wir durch Ankündigung im „Börsen-Kalender“ einen größeren Interessentenkreis als durch einen Mitgliederrundbrief. Der Kurs lief Anfang April an, zwölf Teilnehmer kamen zur ersten Sitzung, darunter eine Reihe (Noch-)Nichtmitglieder. Der Beginn stimmt optimistisch. Ein Wort kannten alle schon vorher: Venceremos. Hier unsere Kontaktadresse: Daniela Hartmann, Imkerweg 19, 5600 Wuppertal, Telefon (02 02) 52 66 37.



### Freiburg

Neu belebt hat sich die Arbeit der Freundschaftsgesellschaft in Freiburg. Hier wurden am 29. Februar 1980 die Gründungsversammlung der Gruppe Freiburg abgehalten. In einem Arbeitsplan wurden die künftigen Vorbehalte der Gruppe festgelegt. In diesem Jahr sind drei Veranstaltungen geplant: Frauen in Kuba; Lage in Lateinamerika; sowie eine Kultur- und Informationsveranstaltung mit anderen antiimperialistischen Gruppen des Ortes. Wir freuen uns über diesen Aufschwung der Arbeit der Freundschaftsgesellschaft im süddeutschen Raum und wünschen der Gruppe nach ihrem vielversprechenden Start viel Erfolg bei ihrer Arbeit.



### Aachen

### Veranstaltung der FG im K 14 in Oberhausen

Die Teilnehmer der internationalen Brigade José Martí 1979 hatten vielfältige Möglichkeiten, sich über die Entwicklung der Architektur und des Bauwesens in Kuba einen Überblick zu verschaffen. Der 14tägige Arbeitseinsatz auf der Wohnungsbaustelle der Textilfabrik Ariguababo, der informative Besuch von einigen Brigadisten (selbst Bauschaffende aus der BRD) beim staatlichen Architektur- und Planungsbüro in Miramar/Havanna sowie die Besichtigung vieler nachrevolutionärer Bauwerke gaben uns konkrete Informationen und Eindrücke über die Leistungen der kubanischen Bauschaffenden. Anfang dieses Jahres hatten zwei Brigadisten (ein Student der Stadtplanung und ein Diplomingenieur der Architektur) die Gelegenheit, vor Studenten und Lehrenden der Architektur und Stadtplanung an der RWTH Aachen zu berichten. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Seminars „Bauen in Entwicklungsländern“ am Lehrstuhl Städtebau statt. Vor etwa 20 Studenten und Lehrenden vermittelten die Brigadisten anhand von eigenen Dias Fakten zum kubanischen Bauwesen, der Architektur, der Stadt-, Gebiets- und Dorfplanung sowie der Infrastruktur. Um die Problematik realistisch einordnen zu können, wurde auch ein Überblick über die Geschichte sowie allgemeine Entwicklung Kubas gegeben, unter besonderer Berücksichtigung der Zeit nach der Revolution. Auch wurden Parallelen zu anderen mittel- und südamerikanischen Ländern gezogen. Dem Diavortrag schloß sich eine interessante und vielschichtige Diskussion an. Fragen konnten nicht befriedigend geklärt werden, so zum Beispiel im Bereich des Wohnungsbaus, speziell Massenwohnungsbau. Teils mag es daran liegen, daß man sich hier in Westeuropa über die Bedingungen in Kuba, wie allgemein in Entwicklungsländern kaum im klaren ist und zu sehr von unseren Maßstäben ausgeht. Andererseits ist es aber auch eine Tatsache, daß sich die Wohnungsreformen unter der sozialistischen Lebensweise anders entwickeln, als unter der kapitalistischen Lebensweise.

Während der Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen veranstaltete die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA einen Diskussionsabend zur aktuellen Lage in Kuba.

Anlaß dazu war die Erinnerung an die Invasion in die Schweinebucht, die 19 Jahre zuvor, im April 1961 von Exilkubanern in Zusammenarbeit mit dem CIA durchgeführt worden war.

Es sprachen Raffael Fernandez (1. Sekretär der Botschaft der Republik Kuba) und Horst-Eckart Gross, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft.

### Arnsberg:

#### Raumverbot für Kuba-Freunde

Weniger Erfreuliches gibt es aus Arnsberg zu melden. Die Gruppe dort sieht sich mit einem (nicht offen ausgesprochenen) Raumverbot konfrontiert. Die Begründungen reichten von Afghanistan bis hin zu der Behauptung, es seien keine Räume mehr frei. Bei solchen Behinderungen der Arbeit bitten wir um Benachrichtigung der Geschäftsstelle.





Von links nach rechts: Gabriel Benitez, Verantwortlicher für europäische Freundschaftsgesellschaften beim ICAP; Raffael Fernandez, 1. Sekretär der Botschaft; Mario Rodrigues, stellv. Vorsitzender des ICAP; H.E. Gross, Vors. der FG BRD-KUBA.



Vom 25. - 27.4. hatte die Freundschaftsgesellschaft Besuch vom Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) in Havanna. Es wurden Gespräche über die zukünftige Zusammenarbeit von ICAP und FG BRD-KUBA geführt. Unsere kubanischen Freunde hatten aber auch Gelegenheit (wie z.B. auf dem Foto oben vor dem Kölner Dom) Gelegenheit, sich ein wenig in der BRD umzusehen.

Am 26.4.80 waren sie zu Gast im spanischen Kulturclub "Antonio Machado", wo sie auf die interessierten Fragen der spanischen Freunde über die aktuelle Lage in Kuba antworteten.





### Hamburg:

#### Bericht über einen Abend der Hamburger Gruppe mit dem Ex CIA-Mitarbeiter Philip Agee

Im Rahmen unserer monatlichen Treffen hatten wir für den April das Thema Kuba und die CIA angesetzt. Da uns bekannt war, daß der Ex-CIA-Mitarbeiter Philip Agee, der das Buch „CIA intern“ mit Enthüllungen über die Methoden des Geheimdienstes veröffentlicht hat, in Hamburg lebt, suchte ihn ein Mitglied auf, um Informationen zu erhalten. Überraschenderweise hatte Philip nach längerer Zurückgezogenheit – er schreibt an einem zweiten Buch – Lust, selbst zu kommen. Vor etwa 40 Mitgliedern (Agee war als „geheimnisvoller“ Experte im Rundbrief angekündigt worden), berichtete er außerordentlich spannend davon, wie er als Student aus gutem Hause von der CIA angeworben worden war. Hauptmotiv für ihn war, um den damals noch obligatorischen Militärdienst herumzukommen; andererseits war er aber auch von seiner Mission zur Zeit des kalten Krieges überzeugt und hoffte auf Abenteuer. Die Propaganda gegen Kuba gehörte in Lateinamerika (Ecuador, Uruguay, Mexiko) zu seinen Aufgaben, sowie Aktionen gegen kubafreundliche Kräfte. Es mutete uns manchmal wie ein James-Bond-Film an, was Philip anschaulich erzählte von Attentaten und Attentatsplänen gegen Führer der kubanischen Revolution, besonders natürlich Fidel Castro, von Sabotageakten, z. B. in Kaufhäusern in Kuba, von Pressekampagnen gegen die Errungenschaften der Revolution.

Besonders beeindruckten zwei Aspekte, erstens wie die Medien von der CIA manipuliert werden durch eigene Agenturen, gezielte Falschmeldungen, bestochene Verleger und Journalisten. Wir stellten sofort Parallelen zwischen den sechziger Jahren und der augenblicklichen Lage fest. Zweitens wie sich die Situation in den „armen“ Ländern dazu eignet, Menschen zu kaufen. Aus dem Elend oder um Privilegien zu erhalten, lassen sich viele u. a. für antikubanische Demonstrationen oder Korruptionen benutzen. Sehr überzeugend war Agees Darstellung, warum er sich gegen die CIA wandte. Er sah nämlich, daß durch seine Handlungen die Situation in den Ländern nicht besser und demokratischer – er hatte wirklich dem Namen der Allianz für den Fortschritt geglaubt –, sondern im Gegenteil immer katastrophaler wurde. Im Scherz sagte er, wir könnten nicht sicher sein, ob er nicht noch immer für die CIA arbeite. Aber das, was er über Kuba berichtete (er war Teilnehmer am CIA-Tribunal während des Festivals!), wie er die internationale Politik einschätzte und selbstverständlich in erster Linie seine schonungslose Anklage der CIA und die Offenlegung ihrer Machenschaften – wir empfehlen jedem das Buch – überzeugten uns.

Sabine Grosskopf



Aus Protest gegen die angekündigten Flottenmanöver der USA in der Karibik, rief die FG am 9.5.80 in Bonn zu einer Kundgebung "Hände weg von Kuba" auf. Von morgens an war der Infostand am Münsterplatz belagert von Menschen, die sich über die Lage in Kuba informieren wollten. Einige wollten die Gelegenheit wahrnehmen, ihre durch Falschmeldungen der bürgerlichen Presse beeinflusste Meinung lauthals kund zu tun. Aber die Mitglieder der FG, die am Stand diskutierten, konnten auf alle Fragen Antwort geben und haben somit sicher zur Richtigstellung von Fakten über Kuba beigetragen.



aus der Bewegung



26. Westdeutsche Kurzfilmtage Oberhausen

# Interview mit dem kubanischen Filmemacher José Massip über die kubanische Filmretrospektive in Oberhausen

*Welchen Stellenwert hat diese Retrospektive für Sie?*

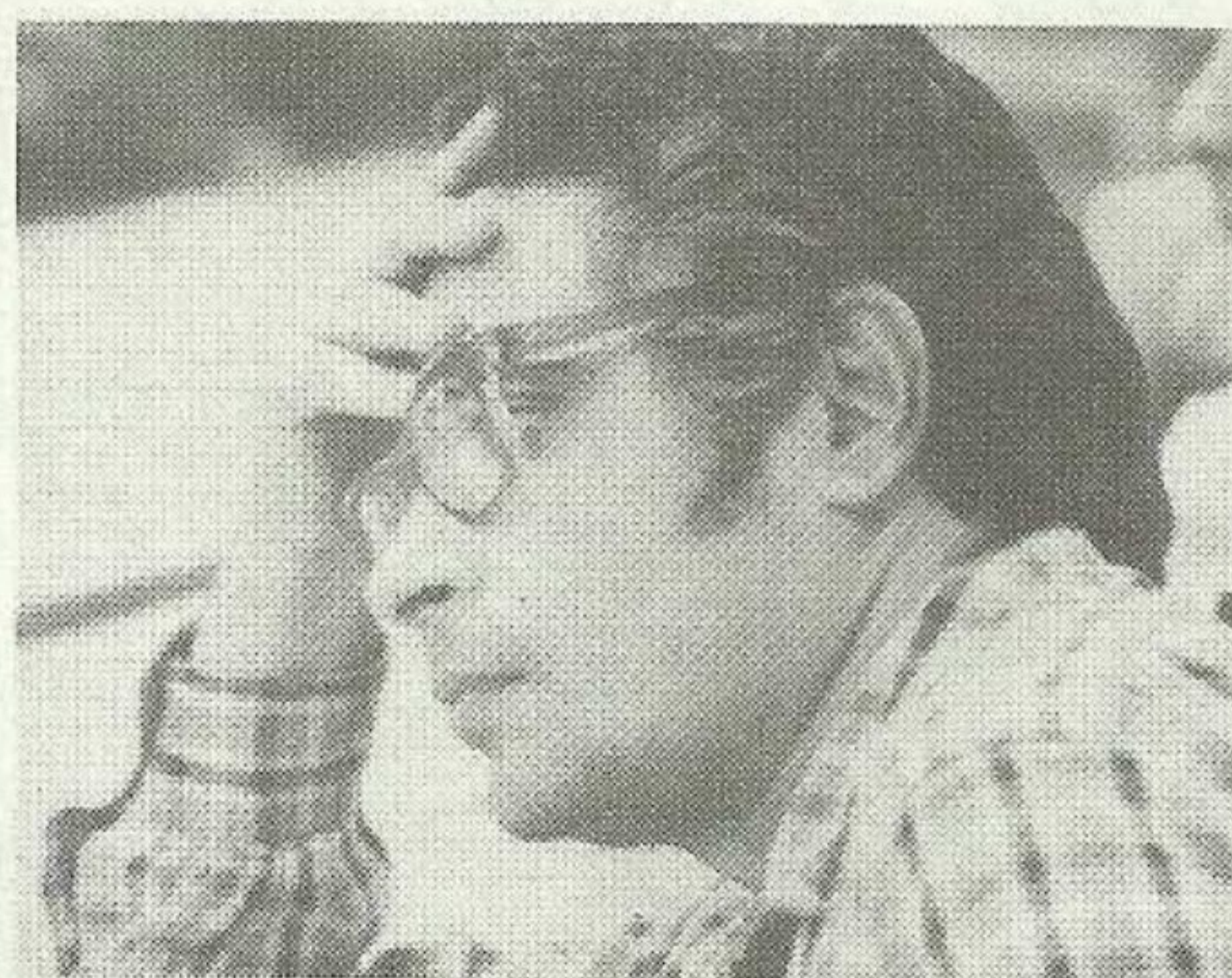
Wir finden diese Retrospektive eine aufregende Sache, denn wir haben feststellen können, daß hier in Oberhausen, eine der vielen Städte in der Bundesrepublik, wir mit Leuten zusammengetroffen sind, die sich als Freunde der kubanischen Revolution erwiesen haben. Dies zeigt uns wieder einmal die Bedeutung der Solidarität. Inhaltlich zeigt die Retrospektive die Entwicklung des kubanischen Films von 1959 bis heute. Der erste Film, der am ersten Tag gezeigt wurde, hat z. B. eine ganz einfache Sprache, dies zeigt, daß das Verhältnis zwischen Form und Inhalt dialektisch ist, gleichzeitig aber auch einen Widerspruch produzieren kann, zwischen dem Inhalt, das heißt dem revolutionären Kampf und der Form die diesen Inhalt ausdrückt. Dies ist eigentlich typisch für unsere frühen Filme. Dagegen können wir jetzt die Entwicklung der Form beobachten. In der kurzen Zeit in der sich unser Filmschaffen bisher entwickelt hat, läßt sich zum Beispiel vom ersten Film, der nach der Revolution gemacht wurde (*Historias de la Revolución*), und einem der neueren Filme (*La última Cena*), die beide vom gleichen Regisseur stammen, eine enorme Entwicklung der Sprache des Ausdrucks und der Form sowie eine Entwicklung hin zu viel komplexeren Inhalten feststellen.

Wir glauben aber nicht, daß nur für uns die Retrospektive einen bedeutenden Stellenwert hat, sondern auch für das hiesige Publikum. Ich habe sehr aufmerksam die Reaktion des Publikums verfolgt, das Interesse und die Sympathie, und den großen Applaus. – Ein sehr gebildetes und höfliches Publikum – ich möchte nicht sagen diszipliniert – es ist ein Publikum, das sich auskennt und bei einigen Filmen mehr applaudiert als bei anderen. Wir hatten aber teilweise das Gefühl, das nicht in erster Linie wegen der Qualität der kubanischen Filme applaudiert wurde, sondern oft aus Sympathie für die kubanische Revolution.

*Sind Sie der Meinung, daß die Retrospektive das kubanische Filmschaffen in seiner ganzen Breite widerspiegelt?*

Ich glaube ja, der Film war in den Anfangszeiten sicher noch nicht ausgereift, während er heute eine wesentlich bessere Beherrschung des Meisters zeigt, und trotzdem ist die Entwicklung keineswegs linear, es zeichnen sich Fortschritte und Rückschläge ab, aber ganz sicher ist die Richtung der allgemeinen Entwicklung.

*Sagen Sie uns bitte etwas über die Situation des kubanischen Filmes vor der Revolution*



Wir können sagen, daß es praktisch überhaupt kein kubanisches Kino gab, vor der Revolution war es in erster Linie wohl ein Kino das Publikum fand, ihr müßt verstehen, daß wir Kubaner immer gerne ins Kino gegangen sind, und die meisten Filmtheater in ganz Lateinamerika hatten. Aber es wurden sehr wenig Filme produziert, und diese Filme waren die schlechtesten Beispiele im Grunde waren es Immitationen und kolonialisierte Kunst, reine kulturelle Anpassung.

*Beziehen Sie sich auf diese primitiven Fernsehserien, oder eher auf die Filme, die aus den USA kamen?*

Nun, die Serien sind ja nun Eigentum der Fernsehanstalten, aber im Grunde hatten sie schon das gleiche ästhetische Konzept, aber es war eine Kopie der USA wie überall in Lateinamerika. Im Grunde kann man überhaupt nicht von einem kubanischen Kino vor der Revolution sprechen, obwohl man wußte, daß irgendjemand Filme gemacht hat, wie in jedem Land, aber es gab keine eigentlich kubanische Cinematografie. Ein Beispiel gibt es aber des revolutionären kubanischen Films, ich meine den Film „El Megano“, dieser Film wurde 1955 gedreht, von einer Gruppe von Genossen, die heute Filmproduzenten sind, bzw. das kubanische Filmschaffen bestimmen. Der Film spiegelte die Lebensumstände einer marginalen Gesellschaftsschicht im Süden der Insel, ihre Arbeitsbedingungen und ihr Elend und ihre Unwissenheit wider. Dieser Film wurde verboten durch die Batistadiktatur und eingezogen. Hier bei der Retrospektive gibt es einen Dokumentarfilm darüber, und der macht den Unterschied klar, zwischen der Epoche der Pioniere, und der heutigen Situation. Wir sind nicht nur Pioniere unseres eigenen Kinos sondern Pioniere des Kinos der „dritten Welt“, des revolutionären Films.

*Welche Möglichkeiten brachte Ihnen die Revolution und welche Aufgaben stellt sie Ihnen?*

Alle Möglichkeiten für das revolutionäre Kino, keine Möglichkeiten dagegen. Das bedeutet eine verändernde Wirklichkeit darzustellen und den Menschen, der diese Wirklichkeit verändert; das ist unser Hauptthema.

*Und wo liegt dabei genau die Aufgabe der Cineasten?*

Unsere Aufgabe ist sehr vielseitig. Aber man kann es trotzdem in einem Satz zusammenfassen. Ein revolutionäres Kino machen, und dabei eine revolutionäre Kritik an der Revolution formulieren. Wir möchten den Ausdruck revolutionäre Kritik betonen, der nicht gleichzusetzen ist mit jeglicher Form der Kritik, denn dies könnte zu einer Gefahr werden, auf die wir ideologisch sehr gut vorbereitet sind. Der Film „El Retrato de Teresa“ ist ein Beispiel dafür. Eine weitere Strömung im kubanischen Film ist der Internationalismus, der wiederum unsere ideologische Entwicklung fördert. Es geht uns nicht nur um die Revolution in unserem eigenen Land, sondern wir unterstützen, so wie wir können, die Revolution in anderen Teilen der Welt, denn Revolutionen existieren nirgends auf der Welt isoliert. Wir sind das erste sozialistische Land in Lateinamerika.

In Lateinamerika existiert ein sehr starkes revolutionäres Potential, ebenso in Afrika, mit dem wir solidarisch sind. Und daher gibt es ein Kino, das diese Solidarität widerspiegelt. Aber wir sehen auch den historischen Moment, die vorangegangenen Kämpfe, aus denen wir lernen, um unseren Kampf zuende zu führen.

*Wieviel Filme werden jährlich in Kuba produziert, und welches sind die Themen?*

Wir haben jährlich eine regelmäßige Produktion. Letztes Jahr produzierten wir 8 Filme, dieses Jahr werden es nur 2 sein. Innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Planung hat die Filmproduktion sicher ihren Stellenwert. Aber es gibt andere Aufgaben, das Erziehungswesen, Gesundheitsfürsorge, die Verteidigung, die Industrialisierung, es gibt viel wichtigere Aufgaben als das Kino, aber auch die Filmproduktion ist ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Planung. Wir hoffen in Zukunft mehr als 8 Filme jährlich drehen zu können, wir werden in eine neue Phase eintreten, in der sich die Quantität an der Qualität mißt.

*José Massip, wir danken Ihnen herzlich für dieses kurze Interview.*

Ulla Krüger

Anm.: Ein Teil der in Oberhausen gezeigten Filme ist ausleihbar beim con-Filmverleih, Osterstr. 36, 2800 Bremen.



# Hintergründe der Vorgänge in Kuba

Von Horst-Eckart Gross

Die Ereignisse in der peruanischen Botschaft in La Habana wurden in den Massenmedien der USA und der westeuropäischen Länder zum Anlaß für eine Kampagne genommen, die sich deutlich von ähnlichen Versuchen der jüngsten Zeit abhob. Wesentlich intensiver als bei der Eröffnung der 6. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten mit der „auf Kuba stationierten sowjetischen Kampfbrigade“ oder bei der Regierungsumbildung im Januar dieses Jahres wurde nun in den Medien ein Bild der kubanischen Realität gezeichnet, das vorwiegend auf Spekulationen basierte. Auf der Grundlage der Tatsache, daß einige tausend Kubaner das Land verlassen wollen, und mit einigen Meldungen über wirtschaftliche Schwierigkeiten wurde – wenn auch unterschiedlich nuanciert – das Versagen der kubanischen Revolution diagnostiziert: „Der Bayernkurier“ stellte fest, daß auch in Kuba der Sozialismus seine angebliche Qualität nicht beweisen konnte und somit „kubanische Rezepte“ als untauglich entlarvt worden seien;<sup>1</sup> das „Handelsblatt“ konnte über einen wachsenden Widerstand gegen die kubanische Regierung berichten, verursacht durch die Unfähigkeit, den Lebensstandard zu verbessern;<sup>2</sup> der FAZ-Kommentator und (selbsternannte) Kuba-Experte Robert Held wußte gar, daß 80% der Kubaner mit den Leistungen des Regimes schlechthin unzufrieden sind;<sup>3</sup> der Bonner „General-Anzeiger“ sah die deutliche Niederlage Fidel Castros.<sup>4</sup> Die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Rundschau“ bescheinigten der kubanischen Revolution zwar große Erfolge in den vergangenen zwanzig Jahren – Abschaffung der Arbeitslosigkeit, des Hungers und Elends, Aufbau eines vorbildlichen Gesundheits- und Bildungswesen –, aber der Sinn der kubanischen Jugend sei ganz auf höheren Lebensstandard und mehr Freizügigkeit gerichtet, und diese Güter könne die Revolution nicht bieten,<sup>5</sup> oder: Kuba könne die Revolution „politisch-intellektuell“ nicht fortführen, so daß die verkrusteten bürokratischen Strukturen Energien und Engagement hemmen.<sup>6</sup> Realistisch wird allerdings darauf verwiesen, daß die Revolution in Kuba alles in allem „noch“(!) ungefährdet sei.<sup>7</sup>

Überdeutlich wird hier der Versuch, das hohe Ansehen, das Kuba auch in der Bundesrepublik genießt, herabzusetzen. Das war und ist eine Komponente der Kampagne gegen Kuba, während sie andererseits der Absicherung geplanter Aktivitäten der USA in der Karibik und in Mittelamerika dient.

Zunächst sei jedoch auf einige innenpolitische Aspekte der aktuellen Vorgänge eingegangen, denn natürlich wirft die große Zahl der Ausreisewilligen die Frage nach den innerkubanischen Gründen der erneuten Abwanderungswelle auf, gingen doch nicht nur Freunde Kubas in den zurückliegenden Jahren (mit Recht) davon aus, daß die karibische Insel im letzten Jahrzehnt große Erfolge beim wirtschaftlichen Aufbau und der Sicherung der zahlreichen sozialen Errungenschaften der Revolution realisieren konnte, es heute dem kubanischen Volk in seiner Gesamtheit besser als jedem anderen Volk Lateinamerikas geht.

In den westlichen Massenmedien werden – wie oben angedeutet – zur Begründung der aktuellen Krise u. a. zwei Faktoren genannt, die eine zunehmende Unzufriedenheit ausgelöst haben sollen: zum einen ein angeblich wachsender Unwille gegenüber der Hilfe Kubas für andere Völker und Staaten, zum anderen die Unzufriedenheit vieler Jugendlicher, die weitergehende Möglichkeiten der Entfaltung suchen. Der erstere Aspekt dürfte eher dem Wunschdenken der Gegner Kubas entstammen, denn Tatsache ist, daß der Internationalismus in der gesamten kubanischen Bevölkerung stark verwurzelt ist. Als Bauarbeiter für eine Brigade gesucht wurden, die in Vietnam helfen sollte, meldeten sich innerhalb von Stunden Tausende kubanischer Bauarbeiter. Ähnliches geschah bei der Werbung für Einsätze in Schwarzafrika und neuerdings auch in Nicaragua. Als kürzlich Lehrer für dieses mittelamerikanische Land gesucht wurden, meldeten sich über 90% aller Lehrer, die über die geforderte Qualifikation verfügten. Schwieriger ist es, das Verhalten der kubanischen Jugend, ihre Vorstellungen, Wünsche und Träume richtig einzuschätzen und gerecht zu beurteilen. Eine präzise Analyse kann hier nicht vorgelegt werden, allenfalls einzelne Eindrücke lassen sich hier wiedergeben. So werden eigenständigere Formen der Freizeitgestaltung, neuen Formen des Zusammenlebens von Mann und Frau und speziell andere Normen im sexuellen Bereich temperamentvoll diskutiert. Auch in der Musik – um einen weiteren Bereich zu nennen, in dem sich kontroverse Auffassungen unter der Jugend festmachen lassen – existieren heute unterschiedliche Vorstellungen. Neben dem „neuen kubanischen Lied“ mit starker politischer Ausdruckskraft sind z. B. die westeuropäischen Gruppen „Abba“ und „Boney M“ sehr beliebt. Andererseits nehmen dieselben Jugendlichen die umfangreichen Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Schulen Kubas wahr, praktizieren sie hier solidarische Hilfe untereinander, fordern sie die Weiterentwicklung der kubanischen Revolution. Es gab im übrigen – trotz anderslautender Berichte – nur wenige Jugendliche, die sich in die Botschaft Perus abgesetzt hatten.

Sehr viel aufschlußreicher in bezug auf die aktuellen Vorgänge in Kuba sind zwei andere Aspekte, denen in den westlichen Medien weit weniger Aufmerksamkeit zuteil geworden ist: die wirtschaftliche Krise infolge von Naturkatastrophen und Pflanzenkrankheiten sowie die dubiose Rolle der Exilkubaner. Gerade in den letzten Monaten muß Kuba mit unvorhergesehenen ökonomischen Problemen fertig werden. Zu niedrigen Zuckerpreisen und immer höher steigenden Preisen für die notwendigen Importe aus dem kapitalistischen Ausland kamen Naturkatastrophen wie Wirbelstürme, die beträchtliche Schäden verursachten. Der Blauschimmel, eine Pflanzenkrankheit, vernichtete 90% der kubanischen Tabakernte 1979, so daß heute nicht nur keine Zigarren mehr exportiert werden können, sondern Tabak für den eigenen Konsum importiert werden muß. 26 000 Tabakarbeiter sind heute unter Aufrechterhaltung ihres Einkommens in anderen Bereichen tätig. Eine

andere Pflanzenkrankheit befahl die in Kuba häufig angebaute Zuckerrohrsorte „Barbados 4363“ – ein Drittel des angebauten Zuckerrohrs mußte deswegen vernichtet, neue Sorten angepflanzt werden. Dadurch wurde die diesjährige Zuckerernte verringert. Insgesamt dürften mehr als eine Milliarde DM an Devisen für Kuba verlorengelassen. Ob die beiden Pflanzenkrankheiten auf natürliche Art und Weise Tabak und Zuckerrohr befallen haben, ist nicht ganz sicher. Schließlich wurde dem CIA in den siebziger Jahren das Einschleppen der Rinderpest nachgewiesen. Da aber offensichtlich keine Beweise für Sabotage vorliegen, schweigt die kubanische Regierung dazu.

Durch Flüchtlinge aus Haiti wurde die Schweinepest eingeschleppt. Armee-Einheiten mußten Tausende von Schweinen erschießen. So ist auch Fleisch knapp geworden. Die Kaffeeration wurde halbiert, so daß heute jeder Kubaner mit 15 Gramm Kaffee pro Woche auskommen muß. Lange Zeit gab es keine schwarzen Bohnen. Auch wenn es Gemüse, Salat, Kartoffeln und Fisch reichlich gibt, schwarze Bohnen gehören in Kuba möglichst zweimal am Tag auf den Tisch.

Nach und nach, in letzter Zeit verstärkt, wird der Lohn nach Leistung eingeführt; auch sind die Zeiten vorbei, wo jede schlampige Arbeitsleistung mit dem Hinweis auf die Wirtschaftsblockade oder noch allgemeiner mit dem Hinweis auf den Imperialismus gerechtfertigt werden konnte. Anspruchsvoll ist man in Kuba geworden, überall im Lande wird darüber diskutiert. Für die meisten, für die große Mehrheit der Werktätigen hat sich dadurch nicht viel geändert, aber jetzt wird von allen Leistung erwartet. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber durchaus für manchen Kubaner eine ungewohnte Situation. Ist es daher verwunderlich, wenn es Menschen gibt, die solchen Schwierigkeiten ausweichen wollen? Ist es nicht eine Illusion zu glauben, daß ganze zwanzig Jahre nach dem Beginn der Revolution alle Kubaner überzeugte Kommunisten sind, die alle Schwierigkeiten verstehen und Entbehrungen in Kauf nehmen, ja darüber hinaus noch mit sehr harter Arbeit an der Überwindung der Schwierigkeiten mitwirken?

1978 nahm die kubanische Regierung den Dialog mit den Exilkubanern auf. Ein Ergebnis war die Freilassung der 3600 Gefangenen in Kuba, die wegen Sabotage, bewaffneter Aktionen oder illegalem Eindringen in das Land verurteilt worden waren. Ein weiteres Ergebnis war die Vereinbarung, daß die Exilkubaner zu Besuchen nach Kuba einreisen dürfen. Beide Ergebnisse dürften in einem mindestens mittelbaren Zusammenhang mit den Ereignissen in der Botschaft Perus stehen: Allein im vergangenen Jahr besuchten mehr als 150 000 Exilkubaner ihr Heimatland. Es wäre ebenfalls eine Illusion zu meinen, daß sie als Freunde der kubanischen Revolution kommen, und eine derartige Illusion hat in Kuba niemand. Sie üben also einen Einfluß aus, sei es mit den Geschenken, sei es mit den Erzählungen über ihr Exil. So ist z. B. durch die mitgebrachten Geschenke ein zwar kleiner, aber doch vorhandener Schwarzmarkt entstanden.



Zurück zum außenpolitischen Aspekt der jüngsten Vorgänge. Es ist bekannt, daß die USA bereits heute mit zahlreichen Militärberatern das Regime in El Salvador stützen und daß militärische Interventionen seitens der USA geplant sind. Interventionspläne stoßen aber heute bei den Regierungen Lateinamerikas nicht mehr auf die Zustimmung wie noch vor zehn Jahren; z. B. trugen die lateinamerikanischen Staaten im vergangenen Jahr zur Verhinderung der militärischen Intervention der USA in Nicaragua bei. Mit einer antikubanischen Kampagne und der Schaffung eines Krisenherdes in der Karibik sollten nun erneut Interventionspläne abgesichert werden. US-Präsident Carter erklärte am 9. April angesichts der Ereignisse in der peruanischen Botschaft, daß die Länder Lateinamerikas wachsam gegenüber Kuba sein müßten; er kündigte ein „energischeres“ Auftreten der USA in Mittelamerika und in der Karibik an und ging so weit, von einer Bedrohung dieser Region durch Kuba zu sprechen.<sup>8</sup> Einen Tag später ließ das Pentagon verlauten, daß Anfang Mai umfangreiche Manöver in der Karibik durchgeführt würden, und betonte zugleich, daß die Manöver in keinem Zusammenhang mit der „zur Zeit vorhandenen Instabilität in der Karibik und in Mittelamerika“ stünden.<sup>9</sup> Ihr Umfang und die Begleitumstände lassen jedoch nur den umgekehrten Schluß zu. Wurden die „Solid-Shield“-Manöver bis dahin vorwiegend auf dem Territorium der USA durchgeführt, so sollten in diesem Jahr die gesamten Streitkräfte – 20 000 Mann, 42 Kriegsschiffe und 350 Kampfflugzeuge – um Kuba herum eingesetzt werden. Zum ersten Mal sollten die B-52-Bomber in der Karibik die See-Verminung und über 3000 Marine-Soldaten auf dem Stützpunkt Guantanamo in Kuba – bis heute widerrechtlich von den USA besetzt – Landmanöver durchführen. Zum ersten Mal seit der „Raketen-Krise“ im Oktober 1962 kündigten die USA die Evakuierung ihres zivilen Personals aus Guantanamo an.

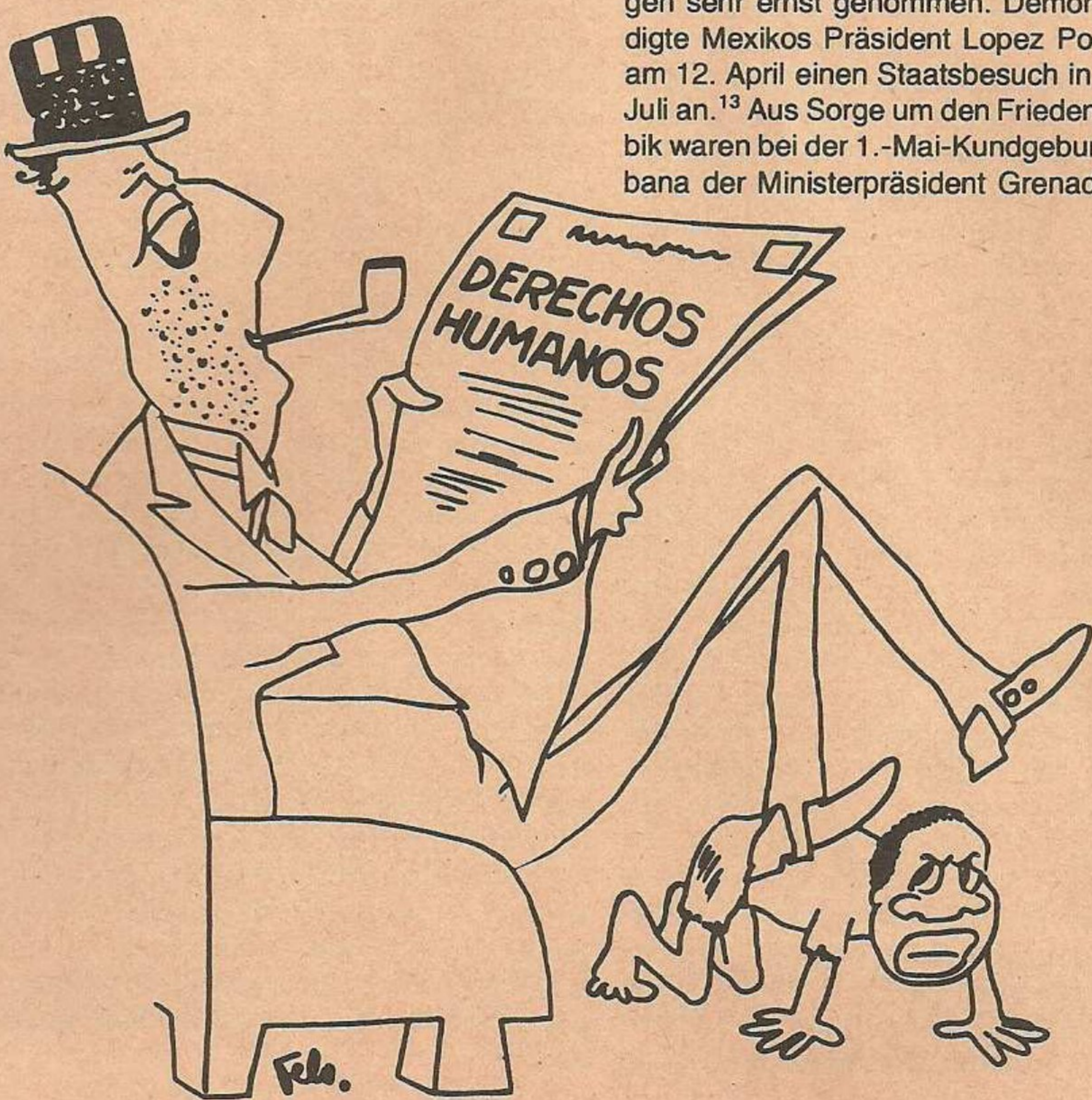
Die kubanische Regierung nahm diese Drohung sehr ernst, da die Pläne für militärische Interventionen bekannt waren. Mittlerweile hat ein Sprecher des Pentagons gegenüber der „Washington Post“ erklärt: „Das Ziel des Pentagons ist die Landung von amerikanischen Marineinfanteristen in El Salvador.“<sup>10</sup> Außerdem wurde gemeldet, daß die amerikanische Interventionspolitik in Mittelamerika und der darüber ausgelöste Streit zwischen Vance und Brzezinski auch ein wesentlicher Grund für den Rücktritt des ehemaligen US-Außenministers gewesen ist.<sup>11</sup> Das militärische Abenteuer Carters im Iran liefert einen weiteren Hinweis dafür, daß die US-Regierung nach wie vor auch mit militärischer Gewalt gegen fortschrittliche Regierungen und Bewegungen vorzugehen bereit ist. Aus diesen Gründen begannen in Kuba die Vorbereitungen zur Abwehr der Bedrohung durch die USA. Einerseits verstärkten sich im ganzen Land die Kundgebungen zur Unterstützung der Maßnahmen der Regierung anlässlich der Ereignisse in der peruanischen Botschaft, andererseits wurde angekündigt, daß in der weiteren Umgebung des Stützpunktes Guantanamo umfangreiche Manöver der kubanischen Streitkräfte stattfinden werden, und zwar gleichzeitig mit den US-Manövern.<sup>12</sup> Weiterhin wurde bekanntgegeben, daß alle Vorbereitungen für den Fall einer eventuellen See-Blockade durch die USA getroffen werden. Am 19. Jahrestag des Sieges in der Schweinebucht demonstrierten 1,5 Millionen Kubaner vor der Botschaft Perus in La Habana, am 1. Mai fand eine der größten Kundgebungen statt, die je in Kuba gesehen wurde, und für den Beginn der US-Manöver wurden landesweit Kundgebungen und Demonstrationen vorbereitet, an denen sich voraussichtlich vier bis fünf Millionen Kubaner beteiligen werden. Die Massenmedien Kubas bringen umfangreiche Reportagen, in denen die Bevölkerung ihren Willen zum Ausdruck bringt, gegenüber jedem Angriff bereit zu sein.

In Lateinamerika wurden die kubanischen Sorgen sehr ernst genommen. Demonstrativ kündigte Mexikos Präsident Lopez Portillo bereits am 12. April einen Staatsbesuch in Kuba Ende Juli an.<sup>13</sup> Aus Sorge um den Frieden in der Karibik waren bei der 1.-Mai-Kundgebung in La Habana der Ministerpräsident Grenadas, Bishop,

und – als Vertreter der Regierung Nicaraguas – Daniel Ortega anwesend. Weiterhin sprachen der ehemalige Präsident von Santo Domingo, Bosch, sowie Romesh Chandra (Vorsitzender des Weltfriedensrates) und Enrique Pastorino (Vorsitzender des Weltgewerkschaftsbundes).<sup>14</sup> In seiner Ansprache konnte Fidel Castro jedoch mitteilen, daß die geplanten US-Manöver nicht wie angekündigt stattfinden, sondern evtl. im Süden der USA durchgeführt würden. Dennoch sei die Lage weiterhin sehr angespannt. Die kubanischen Manöver seien zwar auch abgesagt worden, aber am 17. Mai würden mehrere Millionen Kubaner im ganzen Land für die Beendigung der Wirtschaftsblockade durch die USA, die Räumung des Stützpunktes Guantanamo sowie die Beendigung der Spionageflüge über Kuba demonstrieren. Die unmittelbare Bedrohung des Friedens in dieser Region scheint nicht zuletzt dank des entschlossenen Verhaltens Kubas sowie der breiten Solidarität mit Kuba besonders in Lateinamerika abgewendet zu sein. Insgesamt gesehen dürfte die Entwicklung in Mittelamerika und in der Karibik aber auch in Zukunft militärische Abenteuer der USA erwarten lassen.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund müssen die Ereignisse in der peruanischen Botschaft gesehen werden, und so läßt sich auch erklären, weshalb eine Isolierung Kubas in Lateinamerika nicht festgestellt werden kann. Kein Land – einschließlich Peru und Venezuela – wollte die Beziehungen mit Kuba abbrechen, lediglich Costa Rica drohte mit dem Abbruch der konsularischen Beziehungen. Dank der Vermittlung Kubas konnte die Geiselnahme in der Botschaft von Santo Domingo in Bogotá friedlich gelöst werden, Kuba vermittelt weiterhin zwischen Afghanistan und Pakistan. Die Erfolglosigkeit der jüngsten antikubanischen Kampagne insbesondere in den unterentwickelten Ländern dürfte verständlicher werden, wenn Einzelheiten und Hintergründe der Ereignisse berücksichtigt werden.

Vor der Darlegung dieser Einzelheiten muß zum besseren Verständnis auf ein wesentliches Prinzip der kubanischen Revolution verwiesen werden: die Freiwilligkeit der Teilnahme am Aufbau des Sozialismus. Dieses Prinzip wurde seit Beginn der revolutionären Veränderungen proklamiert, bis heute beibehalten und zuletzt von Fidel Castro in seiner Rede vor dem III. Kongreß des kubanischen Frauenverbandes FMC bekräftigt.<sup>15</sup> Die Einhaltung dieses Prinzips war insbesondere in den ersten Jahren mit großen Schwierigkeiten verbunden, verließen doch Hunderttausende von Kubanern das Land. Bis zum März 1961 hatten bereits 100 000 Kubaner die Insel verlassen, und nach der Proklamierung des sozialistischen Charakters der kubanischen Revolution steigerte sich der Auswandererstrom, so daß bis Mitte 1962 die Zahl der Exilkubaner bereits mehr als 200 000 umfaßte und wöchentlich 3000 Personen ihr Vaterland verließen.<sup>16</sup> Mit den inzwischen (innerhalb und außerhalb Kubas) geborenen Kindern dürften heute zwischen 800 000 und 1 Million Exilkubaner zu zählen sein – der größte Teil davon lebt in den USA. Allein in „Little Havanna“ in Miami (Florida) leben rund 400 000 Exilkubaner. Dieser Exodus verursachte streckenweise sehr ausgeprägte Engpässe, verließen doch allein 50% aller Ärzte wie überhaupt zahlreiche Spezialisten und Fachkräfte das Land. Enteignete Großgrundbesitzer, Prostituierte, Zuhälter und







Glücksspieler, aber auch Arbeiter und Angestellte drehten der Insel den Rücken zu. Die Motive waren vielfältig und wurden verstärkt durch die Anstrengungen seitens der USA Kuba auf diese Weise auszubluten. Sind die Grenzen der USA gegenüber Einwanderern aus den lateinamerikanischen Ländern praktisch geschlossen, so wurden die Kubaner mit offenen Armen empfangen. Als Kuba auf diese Weise nicht in die Knie zu zwingen war, wurden auch für Kubaner die Grenzen geschlossen. Da man jedoch kubanische Flüchtlinge nach wie vor als Helden der Freiheit in den USA empfing und feierte, wurden gewaltsame Fluchtversuche genährt, nahm ihre Zahl zu. Daraufhin öffnete die kubanische Regierung den Hafen Camarioca in der Nähe von Varadero. Mit Yachten, Segel- und Motorbooten konnte nunmehr jeder Ausreisewillige von Freunden oder Verwandten aus den USA abgeholt werden. Diese unkontrollierte Einwanderung wurde von den USA nicht akzeptiert. Man erzielte schließlich eine Übereinkunft über die monatliche Einreise von 600 Kubanern.<sup>17</sup> Seit 1959 gilt nach wie vor die Regelung, daß die Ausreise aus Kuba gestattet wird, sobald ein Einreisevisum für ein beliebiges Land vorgewiesen wird.

In der Vergangenheit hielten sich sowohl die USA wie auch andere Länder, insbesondere lateinamerikanische Staaten, sehr zurück bei der Erteilung von Einreisevisa; seit Mitte 1979 aber wurden Peru und Venezuela offenkundig freizügiger in dieser Frage, sofern die Antragsteller mit Gewalt in die Botschaft eindringen. Zum besseren Verständnis muß hinzugefügt werden, daß jede Botschaft in Kuba auf Wunsch des jeweiligen Landes bewacht wird. Länder wie Peru oder Venezuela haben diesen Schutz erbeten, im Gegensatz etwa zur Bundesrepublik, deren Mission ebensowenig wie die Mission der USA in La Habana bewacht wird. Betrat nun ein Kubaner die peruanische Botschaft in friedlicher Weise – woran er durch die Wachen selbstverständlich nicht gehindert wurde – und bat um ein Visum, so wurde der Wunsch nicht erfüllt. Drang er aber gewaltsam, beispielsweise mit einem gestohlenen Lastwagen, in die Botschaft ein, so erhielt er den Status eines politischen Flüchtlings und auf diese Weise auch das gewünschte Visum sowie entsprechende Publicity bei der Ankunft im Gastland. Ebenso verhielten sich die USA: Einreiseanträge wurden mehr als schleppehend behandelt, aber wer mit einem gekaperten Fischkutter oder Motorboot in den USA ankam, wurde als Held gefeiert – anders als etwa Flüchtlinge aus Haiti, die zum Teil wieder ausgeliefert werden. Es kann also festgehalten werden, daß mit dieser Vorgehensweise sowohl die USA wie auch insbesondere Peru die Gewalttätigkeit und den Terrorismus in Kuba nähren und stimulieren wollten. Dieses Verhalten der Botschaften stieß auf den Protest selbst der Diplomaten, und so konnten sich im Februar 1980 Venezuela und Peru darauf einigen, daß derartige Praktiken nicht mehr toleriert und angewendet werden.<sup>18</sup> Der peruanische Botschafter in Kuba, Edgardo de Habish, wandte sich öffentlich gegen das gewaltsame Eindringen in seine Botschaft und war auch nicht mehr bereit, gemäß den Anweisungen seines Außenministeriums in solchen Fällen politisches Asyl zu gewähren.<sup>19</sup> Daraufhin wurde er auf Weisung des peruanischen Außenministers Garcia y Garcia abberufen und nach 33 Jahren aus dem diplomatischen Dienst ausgeschlossen.<sup>20</sup> Die Botschaft wurde ange-



wiesen, weiterhin jedem ein Visum auszustellen, der mit Gewalt eindringt.

So erklärt es sich, daß mehrfach kleinere Gruppen von Kubanern mit Gewalt die Botschaft Perus stürmten, die Botschaft z. B. der Bundesrepublik aber weiterhin unbelästigt blieb. So kam es schließlich zum Sturm auf die Botschaft am 1. April 1980, bei dem der Soldat des Innenministeriums Pedro Ortiz Cabrera getötet wurde. In einer Erklärung protestierte die kubanische Regierung scharf gegen das Verhalten der Länder, die damit nur Gewalttaten stimulierten. Es wurde darauf verwiesen, daß die Gewalttäter nie politische Probleme hatten, sondern häufig gewöhnliche Kriminelle waren. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Aggressionsdrohungen seitens der USA gegen Kuba verstärkt worden seien, käme es nun auch zur Eskalierung der Gewalttaten gegen Botschaften. In der Erklärung hieß es weiter, daß von nun an keiner, der gewaltsam in eine Botschaft eindringe, die Erlaubnis zum Verlassen des Landes erhalten werde, und daß außerdem der sofortige Abzug der Wachen vor der Botschaft Perus beschlossen sei. Unter keinen Umständen werde geduldet, daß unter dem Hinweis auf diplomatische Immunität Verbrechen legalisiert, gewöhnliche Kriminalität beschützt und ein Klima der Unsicherheit erzeugt werde.<sup>21</sup>

Diese Erklärung wurde durch die kubanischen Massenmedien verbreitet, und bereits am 7. April erklärte die Regierung Kubas, daß – wie erwartet – wenige Stunden nach Veröffentlichung der Nachricht, die Wachen vor der Botschaft Perus seien abgezogen, Hunderte von Personen sich dort eingefunden hätten, um das Land zu verlassen. Nach weniger als 48 Stunden waren es bereits mehr als 3000. Keiner von ihnen sei allerdings ein politisch Verfolgter. Es

waren Unzufriedene, die in der Erwartung kamen, in Peru oder in den USA als Helden empfangen zu werden, nach Aussagen des peruanischen Geschäftsträgers aber auch zahlreiche Kriminelle, Protistuierte und Schwarzmarkthändler.<sup>22</sup> Der belgische Botschafter in Kuba sprach vorsichtig von „Menschen aus den untersten Schichten“.

Die kubanische Regierung erklärte, daß jeder nach seiner Registrierung und der Ausstellung des Reisepasses die Botschaft wieder verlassen könne, um bei Erteilung der Einreisegenehmigung dann ohne Schwierigkeiten das Land zu verlassen. Diejenigen, die in der Botschaft bleiben wollten, wurden mit drei Mahlzeiten täglich versorgt, mobile sanitäre Einrichtungen und Krankenbetreuung sowie die tägliche Milch für Kinder wurden bereitgestellt.<sup>23</sup> Allein bis zum 7. April hatten 2470 Personen von dem Recht Gebrauch gemacht, sich einen Passierschein ausstellen zu lassen, um in der eigenen Wohnung zu übernachten.<sup>24</sup>

Es gibt Hinweise dafür, daß die kubanischen Maßnahmen sowohl Peru wie auch die USA überraschten. Es wurde nun deutlich, daß beide Länder in Zugzwang gerieten und Maßnahmen ergreifen mußten. Zwar gelang es, über einige Tage hinweg eine großangelegte Kampagne mit den „Flüchtlingen“, die lediglich Ausreisewillige waren, zu entfesseln. Um weiterhin eine publizistische Ausschlichtung zu gewährleisten, wurde von Costa Rica der Plan vorgelegt, alle Ausreisewilligen in ein Lager in der Nähe von San José zu transportieren, um von dort aus alles weitere zu regeln. Die kubanische Regierung verweigerte dieser provokatorischen Maßnahme die Zustimmung und beharrte auf dem Standpunkt, daß nur die direkte Ausreise nach Erteilung der Einreisevisa möglich sei.<sup>25</sup> Nun-



mehr mußten Peru und die USA unmißverständliche Zusagen machen. Beide Länder weigerten sich, alle Ausreisewilligen aufzunehmen. Die USA erklärten, 3500 Personen aufzunehmen, Peru 1000, Spanien 500, die BRD 345.<sup>26</sup> Chile erklärte zunächst seine Bereitschaft, Kubaner aufzunehmen, dann verlangte es, eine „Auswahl“ solle getroffen werden und schließlich blieb von dem Angebot nichts übrig;<sup>27</sup> an Peru wurden lediglich zur Unterstützung 15 000 Dollar überwiesen. Den Erklärungen folgten jedoch keine entsprechenden Anweisungen an die Botschaften; offensichtlich sollte das Problem der „Flüchtlinge in der Botschaft“ weiter aufrechterhalten werden.

Das Problem wurde jedoch auf eine andere Art gelöst. Am 13. April erklärten Sprecher der Exilkubaner in Miami, daß sie mit 100 bis 150 Schiffen nach Kuba fahren wollten, um Nahrungsmittel für die „Flüchtlinge in der Botschaft“ abzugeben und evtl. einige an Bord zu nehmen.<sup>28</sup> Die US-Küstenwache riet von dem Unternehmen ab, weil es zu gefährlich werden und zudem internationale humanitäre Aktionen gefährden könne. Am 21. April trafen jedoch die ersten Schiffe im Hafen von Mariel ein, der von den kubanischen Behörden für Ausreisewecke freigegeben worden war. In den ersten beiden Tagen erreichten so 100 Kubaner die USA, darunter auch solche, die sich nicht in der Botschaft Perus aufgehalten hatten.<sup>29</sup> Die US-Behörden drohten den Einwanderern mit drakonischen Strafen: Deportation der illegalen Einwanderer, für den Schiffsführer bis zu 2000 Dollar Geldstrafe und Gefängnis bis zu fünf Jahren sowie Beschlagnahme des Schiffes. Angesichts des Andrangs war es aber nicht möglich, diese Maßnahmen durchzuführen – zu groß wäre die Empörung unter den Exilkubanern in den USA gewesen. Am 26. April lagen bereits 950 Schiffe in Mariel, bereit, bei Besserung des Wetters in die USA abzureisen.<sup>30</sup> Am 3. Mai war die Zahl der Schiffe, die in Mariel auf Abfertigung warteten, bereits auf über 3000 angestiegen.<sup>31</sup> Um die Sicherheit der Hin- und Rückfahrt zu garantieren, wurde eine Kette von kubanischen Schiffen gebildet, die in einem Abstand von acht Meilen die

Sicherheit des Transports garantierten. So ist es bislang trotz schlechter Witterungsverhältnisse noch zu keiner ernsthaften Gefährdung des Lebens der Beteiligten gekommen,<sup>32</sup> obwohl dies verschiedentlich in den USA behauptet wurde. Angesichts der Reaktion Kubas war die Verwirrung in den Medien der Bundesrepublik groß. Denn nunmehr mußte nicht nur die Bereitschaft der kubanischen Regierung erklärt werden, sondern auch die Tatsache, daß sich in der Botschaft Perus immer weniger Personen aufhielten. Waren zeitweilig mehrere tausend Menschen dort versammelt, so betrug ihre Zahl am 23. April 1200<sup>33</sup> und am 26. April nur noch 800.<sup>34</sup> Die FAZ nannte die Öffnung des Hafens Mariel eine „geniale Reaktion der kubanischen Regierung“,<sup>35</sup> während die Welt lediglich wütende Kommentare aus Washington abdruckte: „Kubas Staatschef Castro glaube offensichtlich, daß er die Einwanderungspolitik und die Aufnahme von Flüchtlingen in den USA ‚diktieren‘ könne und daß jeder, den er nach Amerika schicken wolle, aufgenommen werde.“ Gleichzeitig appelliere die USA-Regierung an die internationale Gemeinschaft, sie möge „ihrerseits auf die ‚durch die mitleidlose Aktion der kubanischen Regierung geschaffenen Leiden‘ reagieren“.<sup>36</sup> So sind denn auch weitere gegen Kuba zu wertende Nachrichten in Zusammenhang mit der Besetzung der peruanischen Botschaft ausgeblieben, ist zumindest dieser Teil der aktuellen antikubanischen Kampagne in sich zusammengefallen.

1 „Bayernkurier“ vom 12. 4. 1980.  
 2 „Handelsblatt“ vom 9. 4. 1980.  
 3 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) vom 9. 4. 1980.  
 4 Bonner „General-Anzeiger“ vom 8. 4. 1980.  
 5 So Carlos Widman in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 14. 4. 1980.  
 6 Vgl. den Leitartikel „Kubas Aussteiger“ in der „Frankfurter Rundschau“ vom 11. 4. 1980 sowie den Artikel „Ausstieg aus Kuba“ im „Vorwärts“ vom 17. 4. 1980, beide von A. A. Guha.  
 7 Darauf wird allerdings nur im „Vorwärts“ hingewiesen.  
 8 Vgl. „Monitor-Dienst Lateinamerika“ vom 11. 4. 1980.  
 9 Vgl. „El Pais“ (Madrid) vom 11. 4. 1980.

10 Siehe FAZ vom 3. 5. 1980 sowie auch den ausführlichen Bericht „Bürgerkriegsvorbereitungen in Mittelamerika“ in der FAZ vom 12. 4. 1980. Fidel Castro teilte während seiner Rede am 1. 5. 1980 mit, daß der US-Präsidentenskandidat Ronald Reagan sich für eine totale Blockade Kubas ausgesprochen habe. Vgl. dazu die Prensa-Latina-Meldung 220–224 vom 1. 5. 1980.  
 11 FAZ vom 3. 5. 1980.  
 12 Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 516 vom 1. 5. 1980.  
 13 Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 427 vom 12. 4. 1980.  
 14 Prensa-Latina-Meldung 220–224 vom 1. 5. 1980.  
 15 Siehe „Granma“ vom 10. 3. 1980.  
 16 Siehe Hugh Thomas, Cuba – The Pursuit of Freedom, New York 1971, S. 1354, 1384 und 1482.  
 17 Vgl. „ppp-Hintergrund-Dienst“ vom 28. 4. 1980, S. 3 ff.  
 18 Siehe „Monitor-Dienst Lateinamerika“ vom 19. 2. 1980 sowie „Los sucesos de la Embajada de Venezuela“, in: „Bohemia“, No. 25 vom 22. 6. 1979.  
 19 „Monitor-Dienst Lateinamerika“ vom 25. 1. 1980.  
 20 Die Vorstellungen des heutigen peruanischen Außenministeriums über „politisches Asyl“ wurden 1973 deutlich: Damals, zur Zeit des faschistischen Putsches gegen die Regierung der Unidad Popular, war er Botschafter seines Landes in Chile. Es ist erwiesen, daß er Asylgesuche fortschrittlicher Peruaner abgewiesen hat und sie damit an die Mörderbanden Pinochets auslieferte.  
 21 Declaracion del Gobierno Revolucionario Cubano, in: „Granma“ vom 4. 4. 1980.  
 22 Siehe „Der Spiegel“ vom 14. 4. 1980, S. 158.  
 23 Dies galt bereits seit den ersten Tagen; vgl. „Granma“ vom 4. 4. 1980.  
 24 Siehe „Juventud Rebelde“ vom 7. 4. 1980.  
 25 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 26./27. 4. 1980.  
 26 So nach Angaben der FAZ vom 21. 4. 1980.  
 27 Vgl. FAZ vom 17. 4. 1980.  
 28 Siehe FAZ vom 15. 4. 1980.  
 29 „International Herald Tribune“ (Paris) vom 24. 4. 1980.  
 30 Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 498 vom 26. 4. 1980.  
 31 Vgl. FAZ vom 5. 5. 1980.  
 32 „Granma“ vom 27. 4. 1980.  
 33 Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 479 vom 23. 4. 1980.  
 34 Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 494 vom 26. 4. 1980.  
 35 FAZ vom 23. 4. 1980.  
 36 „Die Welt“ vom 28. 4. 1980.

Quelle: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 5/1980, S. 549–558.



Ein Leserbrief an den Spiegel, der - wie viele andere - nicht veröffentlicht wurde:

DER SPIEGEL zeigt sich gut informiert. Beim Sturm auf die peruanische Botschaft in Havanna hätten die Kubaner "Freiheit" und "Peru, Peru" gerufen. DER SPIEGEL: "Eine Kubanerin nannte ihr in drangvoller Enge Neugeborenes "Peruanito".

Eine wirklich rührende Geschichte. Aber hat sich der SPIEGEL-Schreiber ... Gedanken über die Zukunft des kleinen "Peruanito" gemacht?

Über die Armut, die auf ihn wartet, über die Chancenlosigkeit in seiner neuen Heimat Peru, das schon jetzt über 35 % Arbeitslosigkeit aufweist, das eine 12fach höhere Kindersterblichkeit als Kuba sein eigen nennt und eine sehr viel niedrigere Lebenserwartung, das Hunger für Millionen kleine Bäuche kennt (denn nicht alle der Landkinder finden täg-

lich ihr Essen auf den Müllhalden der Städte), über die Aussicht, daß "Peruanito" vermutlich nie eine Schule sehen wird, geschweige denn eine Universität?

Aber der kleine "Peruanito" wird groß werden. ... Und sie werden sich wehren gegen Großgrundbesitz und US-Monopole, gegen Todeschwadronen und Folterpolizei. Und sie werden Hilfe erhalten: aus Kuba zum Beispiel. Wenn sie Glück haben, können sie dort lernen und studieren und als Ärzte, Lehrer oder Ingenieure in ihr Peru zurückkehren - und als Revolutionäre. Und dann wird unser kleiner Peruanito seinem Sohn einen würdigen Namen geben: Fidelito

I. Fuhrmann, Hamburg





## Fidel Castro Ruz

# Rede vor dem III. Kongreß des Cubanischen Frauenverbandes (FMC)

Havanna, 8. 3. 1980 (Auszüge)

Erlaubt mir, Genossinnen, daß ich diese Gelegenheit wahrnehme und etwas zu einem Thema sage, das nicht direkt mit diesem Kongreß zu tun hat, aber gerade sehr wichtig für uns ist. Überall im Land bemüht man sich, erfolgreiche und effiziente Arbeit zu leisten. Von Beginn an sagten wir, daß es sich nicht um eine Kampagne handelt, sondern um eine Haltung. Und von dieser Haltung beginnt man auch schon etwas zu spüren. Man hat sie sehen können in der Organisation und Vorbereitung eben dieses Kongresses. (...) Wir sollten nichts Spektakuläres in der kurzen Zeit erwarten, aber eine Menge sollten wir uns auf lange Sicht erwarten. (...) Kader, viele der Kader, nehmen einen energischeren Standpunkt ein, machen sich mehr Gedanken, sind gewissenhafter. Natürlich, das ist nur ein Anfang. (...)

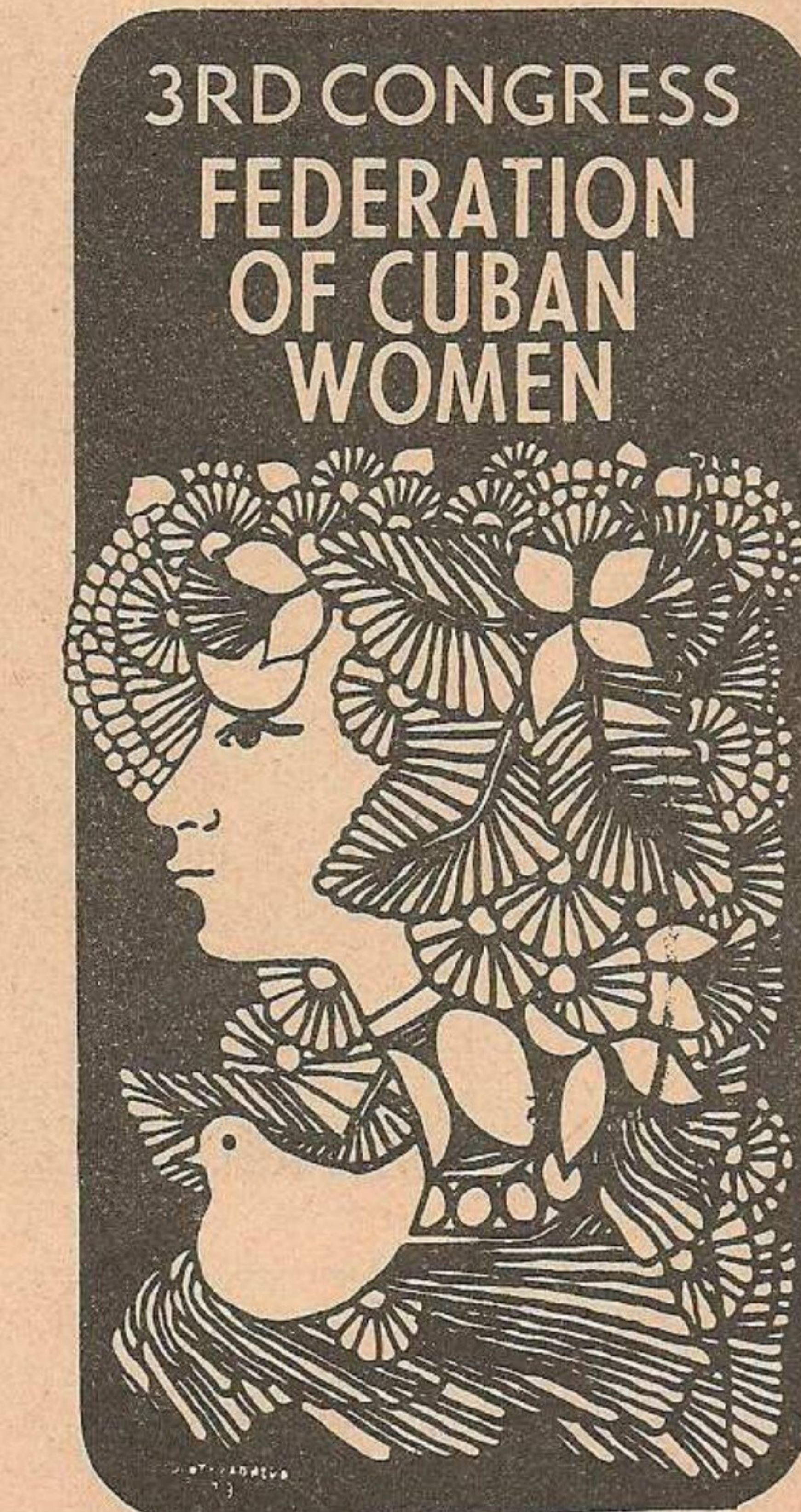
Man kann schon etwas sehen davon; als Beispiel das Transportwesen in Havanna. Die Anzahl der Touren pro Tag ist von durchschnittlich 19 000 auf ungefähr 26 500 gestiegen. Keine Frage, von den Investitionen, die wir für die Busse getätigt haben, war wenig zu spüren, (...) aus objektiven und subjektiven, völlig subjektiven Gründen. (...) Man hat berechnet, daß um die 28 000 oder 29 000 Touren den Bedarf etwa decken könnten. Wenn 28 000 benötigt werden und nur 19 000 zur Verfügung sind, klar, daß es da Probleme geben muß. Was wir hier bis jetzt erreicht haben, verdanken wir der Unterstützung der Partei in der Provinz, dem Transportwesen, dem Ministerium, der Gewerkschaft und – fairerweise muß man das sagen – dem neuen Management für die Busse in Havanna. (...)

### Das Jahr der Fäule – Seuchen hier Brand dort.

Dieses Jahr sieht sich unser Land mehreren Problemen gegenüber. Ich würde es das Jahr der Fäule nennen. Seuchen hier, Brand dort. Das Jahr der Pest, ich glaube, so hieß ein englisches Buch über die schlimme Beulenpest, die ganze Städte ausradierte, über London, glaube ich.

Diese Seuchen, die Krankheiten, sie sind nicht so aufsehenerregend wie Hurrikane, aber sie hinterlassen ihre Zeichen. Sie richten großen Schaden an. Wir haben es mit dem Zuckerrost zu tun, der eine der besten Zuckerrohrsorten befallen hat, die wir haben und die auf etwa einem Drittel unseres Bodens für den Anbau gepflanzt ist. (...)

Dem Brand werden wir Herr, indem wir neue Sorten einführen, 10 oder 12 neue Sorten, die resistent sind. Es gibt einen knapp kalkulierten Plan zur Wiederbepflanzung von über 270 000 ha im Frühjahr. (...) Man ist überall dabei, den Boden dafür zu präparieren... In vielen Provinzen laufen die Maschinen 24 Stunden am Tag, und es gibt Leute, die schlafen neben ihnen. ... Das folgende Frühjahr wird noch grö-



ßere Anstrengungen erfordern, um weitere 350 000 ha zu ersetzen, so daß dann nicht einmal mehr in den botanischen Gärten eine Stange dieser empfindlichen Sorte zu finden sein wird. (...)

Wir haben das Problem mit dem Tabak gehabt. Der Schimmel tauchte vergangenes Jahr bei uns auf, aber dieses Jahr hat er praktisch unsere Plantagen vernichtet. Die Tabakproduktion wurde auf 10 Prozent reduziert, in einem Jahr, in dem viel Boden für den Anbau bereitet worden ist.

Trotzdem wird die Bevölkerung nicht ohne Zigarren sein müssen, daran wird es nicht fehlen. Wir haben die Exporte, die auf Lager waren, storniert, den Export von Tabakblättern eingestellt und sogar einigen Tabak eingeführt, um den Bedarf hier decken zu können. Die Bevölkerung ist also nicht betroffen, aber die Einnahmen des Landes werden es sein, weil wir uns aus dem Markt zurückziehen in diesem Jahr. (...) Wir sind nun mit der Zuckerrohremte hinterher, 400 000 Tonnen hinterher. Es hat einen guten Preis für den Zucker gegeben, was uns half, die Tabakkrankheit und andere Plagen auszugleichen; aber wir müssen jetzt Zucker produzieren, wir müssen es.

So rufen wir zu besonderen Anstrengungen in allen Provinzen für die nächsten beiden Monate, März und April, auf, wenn das Rohr am höchsten ist. Und zu einer, man kann sagen: einer außerordentlichen Anstrengung im Mai, um die Ernte

zu Ende zu bringen und die neuen Pflanzen zu setzen. (...)

### Die Welt erlebt derzeit eine Reihe von Krisen

Laßt mich einige Worte zur internationalen Lage sagen.

Die internationale Situation hat sich in den letzten Wochen verschlechtert. Bemerkenswerte Rückschläge hat es bei dem gegeben, was erreicht wurde, um das Wettrüsten zu beenden, um auf dem Weg der internationalen Entspannung voranzukommen und den Boden zu festigen, der auf der Suche nach dem Frieden gewonnen wurde. Dies ist das Ergebnis imperialistischer Politik, der Aktionen der reaktionärsten imperialistischen Kräfte; sie haben die Lage im Vergleich zu den vergangenen Monaten verschlechtert.

Das begann vor einigen Monaten. Erinnern Sie sich an das Skandalgeschrei, das sie in den Tagen der 6. Gipfelkonferenz über die Anwesenheit sowjetischen Personals auf Kuba anhoben, wegen Militärpersonal, das seit 17 Jahren auf Kuba ist. Alle amerikanischen Regierungen haben davon gewußt; jeder wußte davon. Dennoch begannen sie damit zu agitieren, veranstalteten ein wildes Geschrei, um, na, ihre feindliche Politik gegenüber Kuba zu rechtfertigen, Kubas Einfluß zu bekämpfen, interventionistische Maßnahmen in der Region zu rechtfertigen und die Ratifizierung von SALT II zu verzögern.

Sie nahmen die Spionageflüge über unserem Land wieder auf. Sie richteten ein Kommando in Key West ein und veranstalteten eine Landesoperation im Gebiet von Guantánamo. Insoweit ist unser Land betroffen.





International gingen sie zur Errichtung von Militärstützpunkten im Indischen Ozean über. (...) entsandten sie Flottenverbände in die Region des Indischen Ozeans und des Persischen Golfs. In der NATO beschlossen sie, 572 Nuklearraketen mittlerer Reichweite zu installieren; in dem Versuch, das Kräftegleichgewicht aufzubrechen und militärische Vorteile zu erlangen. Sie benutzen die Ereignisse in Afghanistan, die eben gerade von den interventionistischen Provokationen aus dem Ausland resultierten, um die internationale Spannung bis zum Maximum zu steigern. (...)

Natürlich sind diese Ereignisse besorgniserregend, die internationale Spannungssituation betrifft die ganze Welt. Die Welt erlebt derzeit eine Reihe von Krisen: eine internationale Wirtschaftskrise, eine Energiekrise, Inflation und Rezession. (...) in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Ressourcen für die Entwicklung der Länder mobilisiert werden müssen, wie wir es vor den Vereinten Nationen vorgeschlagen haben. – Diese wahrhaft schwerwiegende und besorgniserregende Situation für alle Völker auf der Welt besteht jetzt.

Wir fragen uns, ob die Welt es sich leisten kann, sich den Luxus des Wettrüstens, den Luxus eines erneuten kalten Krieges angesichts der ökonomischen Probleme, die die Welt hat, leisten kann.

Die Militärausgaben, Vilma sprach davon im Bericht, belaufen sich schon auf 400 Milliarden Dollar pro Jahr, 400 Milliarden Dollar im Jahr! Das ist wirklich unglaublich! In einer Zeit, in der Tausende von Millionen Menschen von wirtschaftlichen Problemen und Armut betroffen sind. Es ist verrückt.

### Eine klare Drohung gegen unser Land

Die aktuelle Situation betrifft natürlich auch uns. Kürzlich sagte der wichtigste Berater Carters in einer offiziellen Erklärung, daß, wenn in irgendeinem anderen Gebiet der Erde ein Problem auftreten werde, sie sich das Recht nähmen, das Gebiet auszuwählen, das am geeignetsten für eine Aktion wäre. Beobachter in Washington meinen, daß er von Kuba sprach, daß er dabei an Kuba gedacht hätte; und im übrigen hat dies natürlich niemand in der nordamerikanischen Regierung bestritten. Das war eine klare Drohung gegen unser Land. (...)

Natürlich, wenn sie uns angreifen, dann müssen sie auch mit uns rechnen, dann müssen sie mit uns rechnen!

(BEIFALL UND RUFE): Fidel, gib's ihnen!

(...) Wir wissen, daß wir mit der Gefahr gelebt haben, 21 Jahre haben wir mit ihr gelebt; wir kennen den Preis unserer Revolution! (...) Selbstverständlich werden wir nicht nervös werden.

(RUFE): Niemals!

(...) Des weiteren, was uns angeht, fördern sie die illegale Ausreise aus unserem Land, die Entführung von Schiffen. (...) Es gab solche Fälle, und wir haben sie gewarnt. Einige Menschen sind bereits auf dem Weg ertrunken, und wir haben gesagt, daß wir dafür nicht verantwortlich sind, denn nicht wir haben die Einreisebeschränkungen eingeführt. Wir haben sie aufgefordert, Maßnahmen zu treffen. (...)

Es scheint uns, daß es der nordamerikanischen Regierung an Reife fehlt, wenn sie noch einmal solche Situationen schafft, denn wir halten an



der Meinung fest, daß unsere revolutionäre Gemeinschaft eine freiwillige ist, eine freiwillige! Der Kampf für den Sozialismus und Kommunismus ist ein freiwilliger Kampf; das war, ist und wird unsere Ansicht bleiben. (...)

Die Vereinigten Staaten planen überall Interventionen, aber besonders in dieser Region, der Karibik und Mittelamerika, sind sie besonders deutlich. Sie planen in Grenada, Nicaragua, El Salvador und Kuba einzugreifen; in der Karibik und Zentralamerika. (...)

Warum sollten die Völker unseres Kontinents nicht das Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit haben? (...)

Vielleicht könnten sie ein kolossales Vietnam in dieser Hemisphäre erzeugen. (...) weil der Kampf der Völker nicht aufgehalten werden kann. (...) Noch könnten sie historischen Verstand zeigen, daß das Unvermeidliche zu vermeiden ist. Sie könnten sich abfinden mit der Realität, daß unsere Völker (...) ihre Geschicke selbst lenken wollen. (...)

Ja, man muß einen Sinn für die Geschichte haben, um zu verstehen, um die Verdienste der sandinistischen Revolution, das Verdienst der Revolution in Grenada richtig zu sehen. Grenada, Nicaragua und Kuba, das sind drei Riesen, die sich erhoben haben, um ihr Recht auf Unabhängigkeit, Souveränität und Gerechtigkeit zu verteidigen – direkt vor der Haustüre des Imperialismus. (...)

Wir können uns nicht aus dieser Hälfte der Welt fortbewegen. Und selbst wenn wir es könnten, wir würden es nicht tun, unserer Ehre und Würde wegen. Wir sind wirklich zufrieden mit unserer geographischen Lage.

Wir verfolgen keine bewußte Konfrontationspolitik gegenüber den Vereinigten Staaten. Wir wei-

gem uns nicht, Gespräche zu führen und Anstrengungen zu unternehmen, um unsere Beziehungen zu verbessern, wenn dies dazu beiträgt, dem Frieden in unserer Hemisphäre oder dem Klima auf internationaler Ebene zu dienen. Mit anderen Worten, es ist richtig, unsere Politik klar zu definieren, damit niemand Irrtümer begeht, niemand Anlaß hat, uns mißzuverstehen. Aber wir können all unseren Gegnern versichern, daß dieses Land nicht bedroht und eingeschüchtert werden kann, nicht dazu gebracht wird nachzugeben, nie gezwungen werden kann, von seinen Prinzipien abzugehen.

Das ist unsere Position. (...)

Dieses Jahr wird unsere Partei ihren zweiten Kongreß abhalten. (...)

Dieses Jahr ist ein Jahr der Schwierigkeiten, aber es wird auch ein Jahr der Fortschritte sein, der Fortschritte da, wo Verbesserungen in unserer Hand liegen, all das, was wir noch subjektiv vorankommen müssen, wie zum Beispiel beim Busverkehr und vielen anderen Dingen. (...) Es wird ein Jahr der Schwierigkeiten sein, aber auch eines der Fortschritte auf vielen Gebieten, ein Jahr, aus dem die Revolution politisch und ideologisch gestärkt hervorgehen wird. (...)

Vielen Dank, Genossinnen! Ich danke euch für die Ermutigung, die uns dieser Kongreß gegeben hat, für den Ansporn, den wir von euch erhalten haben.

**Vaterland oder Tod!  
Wir werden siegen!**

*Übersetzung nach den stenographischen Protokollen in: Granma, 16. März 1980, und Bohemia, 14. März 1980; Harry Greza.*



# Das neue Selbstbewußtsein der Lateinamerikaner

## Über die Hintergründe der sogenannten Kuba-Krisen

Von Fritz Noll

Vor den Küsten Kubas operiert ein besonderer Verband der US-Streitkräfte, der auf Beschluß Carters im August 1979 formiert wurde. Zu der „Eingreiftruppe Karibik“ gehören mit den in Guantanamo stationierten US-Soldaten über 20000 „Marines“, Ledermacken also mit Vietnamerfahrung. Zur „Eingreiftruppe Karibik“ gehören die „Todesengel“ des Vietnammassakers, die B 52. Was da in der karibischen See und im Golf von Mexiko aufmarschiert, ist jene Armada, die auf Befehl Carters Kanonenbootpolitik im zentralamerikanischen Raum praktiziert.

Die Seemanöver haben aggressiven Charakter, sie sollen Kuba herausfordern, sie sollen die revolutionären Prozesse in dieser Hemisphäre einschüchtern, sollen Konterrevolutionen provozieren und initiieren. Nun ist die Geschichte der von den USA inszenierten Anschläge gegen Kuba so alt wie die Revolution des kubanischen Volkes selbst: 21 Jahre. Seit über zwei Jahrzehnten verfolgt der Imperialismus das kubanische Modell mit abgrundtiefem Haß. Kein Mittel war den Regierungen der USA schäbig und hinterhältig genug, um nicht gegen das revolutionäre Kuba eingesetzt zu werden. Nur einige Stationen:

1961 landet in der Playa Giron, der Schweinebucht, eine Invasionsarmee aus konterrevolutionären Elementen, aus CIA-Agenten. Mit ausdrücklicher Billigung des damaligen US-Präsidenten Kennedy. Die „Eroberer“ im Dienste der United Fruit-Company werden vernichtend geschlagen. Der CIA bedient sich darauf mehrfach der Mafia und dingt Mörder an, die Castro töten sollen. Auch in diesem Geschäft waren die „ehrenwerten“ Politiker aus dem Weißen Haus mit von der Partie. Übrigens nicht sonderlich verwunderlich, wenn man daran denkt, daß der Vizepräsident Agnew ein gewöhnlicher Krimineller war und Nixon um das Gefängnis nur deshalb herumkam, weil Carter seine Hand über ihn hielt. Und schließlich sei daran erinnert, daß auch die in unserem Lande so hoch gerühmte Großagrarin und Mutter des gegenwärtigen Präsidenten, Lilian Carter, für eine Million Dollar einen Killer anheuern wollte, der Khomeni umlegen sollte. Chicago 1930 gehört längst zum Stil der „westlichen Führungsmacht“.

Doch zurück zur Moral der Washingtoner Hausherren und ihren Komplotts gegen Kuba. Als alles nicht zum Sturz Castros führte, beschloß man im Weißen Haus, Millionen Kubanern das Leben zur Hölle zu machen, ihnen durch Hunger und Entbehrungen den Sozialismus auszutreiben. Man beschloß die Wirtschafts- und Handelsblockade. Sie existiert nunmehr seit 19 Jahren.

Die künstlich geschürten „Kuba-Krisen“, erinnert sei an die „Raketen-Krise“, erinnert sei an die „Krise“ um die sowjetische „Kampfbrigade“, wenige Tage vor Beginn der VI. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten im September 1979 in Havanna – auch das gehört zum

psychologischen Krieg, den die USA gegen Kuba führen. Und natürlich die Kampagne, die seit dem 1. April dieses Jahres gegen Kuba angelaufen ist. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß ausgerechnet die USA, die gegen mexikanische Einwanderungswillige mit tausend Kilometer Zaun, mit schußbereiten Zivilgardisten, mit Menschenjagd vorgehen, daß diese USA jetzt kubanische Auswanderer kampagnenartig über die Straße von Florida locken. Noch dazu aus einem Land, das jeden gehen läßt, der über ein gültiges Einreisevisum eines Landes seiner Wahl verfügt. Aber genau diese Einreisevisen wurden Kubanern über lange Zeit von den USA verwehrt. Selbst 1979 amnestierte Schweinebuchtagenten mit US-Paß, ja solche, die direkt im Sold des CIA standen, wären der Regierung in Washington unerwünscht. Vielmehr erhielten nicht wenige von ihnen den Auftrag, im Lande, in Kuba also, „tätig“ zu werden. Die Aktionen in der peruanischen Botschaft von Havanna im April und die Aktionen vor der US-Mission im Mai, die Bootpeople vor Miami – das alles zeigt die Symptome einer von langer Hand vorbereiteten Kampagne, die, wie man an der Reaktion von weit über 90 Prozent der kubanischen Bevölkerung spürt, das Volk nur noch enger um die Ideale der Revolution zusammenschweißt.

Natürlich erhebt sich die Frage, wo liegen die Hintergründe für die neue Strategie der USA in der lateinamerikanischen Hemisphäre? Und weiter ist zu fragen, ob denn die USA die Initiative in diesem Raum in die Hand bekommen haben, ob sie denn in der Offensive sind?

Das Gegenteil ist der Fall. Mit dem Sturz der Somozadiktatur in Nicaragua, der ältesten Diktatur Lateinamerikas, wurde der Block der reaktionären Regimes in Mittelamerika zutiefst erschüttert. Das imperialistische Herrschaftssystem der USA in dieser Region ist ernsthaft in Frage gestellt. Zugleich nimmt die demokratische und revolutionäre Bewegung in Mittelamerika einen bislang nicht gekannten Aufschwung. Dafür spricht die Entwicklung in El Salvador. Das proimperialistische Romeroregime wurde beseitigt. Und die jetzt dort herrschenden Kräfte müssen sich vor dem anwachsenden revolutionären Volkszorn mit Manövern, mit blutiger Unterdrückung verteidigen. Aber auch in Guatemala und Honduras werden die Herrschenden durch revolutionäre Erschütterungen aufgeschreckt.

Auf der kleinen Karibikinsel Grenada wurde das US-hörige Garyregime beseitigt. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Bishop verfolgt einen fortschrittlichen politischen Kurs. Auch auf Dominica und Santa Lucia haben sich progressive Veränderungen vollzogen. Die Regierungen von Guyana und Jamaika verteidigen ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit. Seit Oktober 1979 wurde die Karibikinsel St. Vincent unabhängig. Immer energischer fordert das puertorikanische Volk die Beendigung des

Kolonialstatus. In Ekuador wurde das Militärregime durch eine zivil gewählte Regierung abgelöst. Präsident Roldos schlägt einen nationalistisch orientierten Kurs ein. In Mexiko konnte die Kommunistische Partei nach mehreren Jahrzehnten der Illegalität und Halblegalität 1979 erstmalig legal an Wahlen teilnehmen und zog mit 19 Abgeordneten in das Parlament ein.

Aber auch auf dem südamerikanischen Kontinent sind proimperialistische Positionen ins Wanken geraten. So wurde in Bolivien die faschistische Militärdiktatur beseitigt. Die seit 1971 verbotenen Parteien und Gewerkschaften gewinnen zunehmend an Einfluß. So ging 1979 die „Demokratische Volksunion“ (UDP), die auf Initiative der Kommunisten Boliviens gegründet wurde, bei Wahlen als stärkste politische Kraft hervor. Jüngste Putschversuche reaktionärer Militärs scheiterten an der UDP.

In Peru stellen die linken Parteien ein Drittel der Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung. In den faschistischen Regimen von Brasilien, Argentinien, Uruguay hat der soziale und demokratische Kampf durch Massenstreiks einen Aufschwung genommen, und die scheinbar stabil erscheinenden Diktaturen unterliegen Erosionserscheinungen. Schließlich errang die demokratische Bewegung Brasiliens einen großen Erfolg, denn nach 15 Jahren des Exils kehrten die Führer der verbotenen Oppositionsparteien nach Brasilien zurück. Darunter der legendäre Führer der brasilianischen Kommunisten, Carlos Prestes.

Auch das blutige Pinochetregime in Chile vermag nur noch durch brutalsten Terror seine mörderische Macht zu behaupten. Der Widerstand im Lande wächst, die sozialen Spannungen erreichen den Siedepunkt, die faschistische Junta ist total isoliert.

Wir können festhalten: Zu Beginn der achtziger Jahre erlebt Lateinamerika einen neuen revolutionären Aufschwung. Oder um es mit den Worten des chilenischen Kommunisten Volodia Teitelboim zu sagen: „Wir erleben eine dynamische Linkswendung in Richtung auf politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.“ Man kann davon sprechen, daß die Lateinamerikaner ein neues nationales Selbstbewußtsein entwickeln.

Zu Beginn der siebziger Jahre ging schon einmal eine Welle der nationalen Erhebung über den Kontinent. Ausgelöst durch Kuba, durch das historische Programm der Regierung der Unidad Popular in Chile, durch fortschrittliche Reformen in Peru, Bolivien, Ekuador und Panama. Der Imperialismus antwortete mit einer konterrevolutionären Offensive. Die Blutspur dieses Kurses Washingtons ist bekannt. Demokratisch gewählte Regierungen wie in Chile wurden gewaltsam gestürzt. Bürgerliche Verfassungen solcher Länder wie Uruguay wurden wie ein Fetzen Papier zerrissen. Faschistischer Terror wurde zum Schrecken Lateinamerikas. Und in der endlosen Reihe der Opfer dieses Terrors



stehen solche Namen wie Salvador Allende, Victor Jara, General Carlos Prats, Orlando Letelier, Juan José Torres und Bischof Romero. Ziel der konterrevolutionären Offensive war die Zerschlagung der revolutionären Bewegung um in diesem Teil der Welt eine langfristige Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Imperialismus und der mit ihm verbündeten lateinamerikanischen Oligarchien durchzusetzen. Wie die Bilanz zu Beginn des neuen Jahrzehnts beweist, ist diese Rechnung nicht aufgegangen. Die 330 Millionen Lateinamerikaner – übrigens ist jeder zweite Lateinamerikaner jünger als 20 Jahre – wollen Bildung, Arbeit, nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung. Und genau diese Errungenschaften des kubani-

schen Volkes markieren den Wendepunkt in der Geschichte dieses Kontinents. Die kubanische Revolution beeinflusste in zunehmendem Maße alle gesellschaftlichen Prozesse in Lateinamerika auf die eine oder andere Art. Und gerade weil die Erfolge Kubas unter denkbar schwierigen Bedingungen erkämpft wurden, sind sie für die Völker Lateinamerikas doppelt überzeugend.

Gewiß, zur Zeit versucht der US-Imperialismus eine zweite Welle der Konterrevolution zu starten. Er bedient sich dabei der Kanonenbootpolitik, der haßerfüllten Kampagnen und er bedient sich der westeuropäischen Satelliten des Weißen Hauses. Darum die haßerfüllten Kommentare in der bundesdeutschen Presse. Darum die

Hoffnung der Bourgeoisie dieses Landes, Castro möge am Ende sein. Aber sie irren sich. Weder Castro ist am Ende noch die revolutionäre Bewegung auf diesem Kontinent. Ganz im Gegenteil. Die neue konterrevolutionäre Offensive des Imperialismus in Lateinamerika geht von schwächeren Positionen aus, als die von vor zehn Jahren. Daß sie nicht ungefährlich ist, davon zeugt die Armada der USA in der Karibik. Darum sind alle Demokraten, alle anti-imperialistischen Kräfte unseres Landes, alle, die sich den Idealen des Internationalismus verschrieben haben, aufgefordert zur Solidarität. Mit Kuba, mit Nikaragua, mit El Salvador, mit allen Völkern Lateinamerikas.

### Vorurteile verdecken die Wahrheit

## Kubas Ausreiseerlaubnisse werden in schiefes Licht gebracht

Von Klaus Thüsing, MdB

### Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

CDU-Sprecher Günther Henrich witterte einen Skandal. REPORT-Moderator Franz Alt wußte es dann schon ganz genau: Für die von der „Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba“ in einer ersten Stellungnahme des Büros gewählte Formel, bei den Kubanern auf dem Gelände der Botschaft Perus in Havanna handele es sich „durchweg um Asoziale und Kriminelle“, sei niemand anders verantwortlich als ich.

Macht nichts, daß ich, als das Büro der Freundschaftsgesellschaft die Erklärung verbreitete, mich gar nicht in der Bundesrepublik befand, daß die Erklärung keine Unterschrift trug, daß sie auch nicht im Namen des Vorstandes abgegeben wurde, daß der vorgedruckte Briefbogen mich lediglich als Vorstandsmitglied auswies: Die Erklärung mußte herhalten, um einen „Fall Thüsing“ zu konstruieren.

Auch ich kritisiere die in der Erklärung gewählten Formeln; auch die Kubaner selbst haben nicht von „Asozialen“, sondern von „antigesellschaftlichen Kräften“ gesprochen. Doch unverkennbar ist, daß die Ereignisse in Havanna vielen gerade recht kamen, um hämisch festzustellen, nun habe sich „das Castro-Regime entlarvt“.

Mit der Wahrheit ging man dabei großzügig um. Vorurteile waren wichtiger als beispielsweise die Erklärungen der Regierung Kubas oder die Berichte von Augenzeugen.

Dabei sind die Vorgänge leicht zu durchschauen. Sieben Kubaner hatten sich unlängst gewaltsam Zugang zur Botschaft Perus verschafft, wohl in der Hoffnung, daß ihnen Peru eine Einreise gestatten würde. (Das war auch in der Vergangenheit schon geschehen. Daraufhin hatte seinerzeit Peru von den Kubanern eine Bewachung der Botschaft verlangt.) Weil bei dem Gewaltakt ein kubanischer Wachposten erschossen worden war, zog die Regierung Kubas die Bewachung zurück. Die kubanische Tageszeitung „Granma“ schrieb, die Tat sei wie alle Botschaftsbesetzungen kriminell gewesen, aber niemand werde gehindert, die Botschaft Perus wie auch die anderer Länder, die in der Regel nicht bewacht sind, zu betreten und das Land zu

verlassen, wenn eine Einreisegenehmigung vorgelegt werde.

Fidel Castro erklärte: „Die historische Aufgabe, eine Revolution zu machen und den Sozialismus aufzubauen, ist absolut freiwillig.“

Im Glauben, Peru werde ohne weiteres die Ausreise gestatten, kamen daraufhin einige tausend Menschen auf das Gelände der Botschaft. Die Zahlenangaben, und zwar auch die in den Berichten westlicher Beobachter, schwanken zwischen 3000 und 10 000.

Für Kenner Kubas passierte nichts Überraschendes. Natürlich gibt es in einer Millionenstadt wie Havanna einige tausend, die aus unterschiedlichen Gründen, und darunter natürlich auch ehrenhaften, unzufrieden sind, die glauben, ihr Glück anderswo machen zu können, die sich außerhalb von Kuba ein anderes und besseres Leben versprechen; schließlich ist Kuba nach wie vor ein Entwicklungsland; harte Arbeit wird gefordert. Pflanzenkrankheiten und Wirbelstürme haben im letzten Jahr einen Großteil des Zuckerrohrs und fast die gesamte Tabakernte vernichtet; Versorgungsengpässe waren die Folge. Kubas Engagement in Afrika und die großzügige Hilfe für das vom Krieg verwüstete Nicaragua und andere Länder Lateinamerikas kosten Arbeitskraft und Geld.

Das Kommerzfernsehen und der Rundfunk der USA, die auf Kuba empfangen werden können, zeigen nicht die Millionen im Elend der Slums amerikanischer Großstädte, sondern eine Welt unbeschwerten Konsums. Seit etwa zwei Jahren erlaubt Kuba auch Verwandtenbesuche der über fünfhunderttausend Kubaner, die meist in den ersten Jahren nach dem Sieg der Revolution Kuba in die Vereinigten Staaten verlassen durften.

Die Einstellungen dieser US-Kubaner sind eine Herausforderung für das Wertesystem Kubas, insbesondere für die Jugend, für die es selbstverständlich geworden ist, daß kein Kubaner mehr hungert, daß es für jeden Arbeit gibt, daß jedes Kind zur Schule geht, es eine gute medizinische Versorgung gibt und die die Zeit der Diktatur und des Massenelends nicht mehr erlebt

hat. Außerdem, das stellte die Regierung Kubas ausdrücklich fest, gibt es Kubaner, „die aus ideologischen Gründen nicht mit der Revolution und dem (kubanischen) Sozialismus übereinstimmen“.

Was also hier von interessierten Meinungsmachern und Politikern als „Bankrott Kubas“ propagiert und eingesponnen wird in eine Kampagne gegen Sozialdemokraten, die in Freundschaftsgesellschaften dafür eintreten, daß sich Menschen verschiedener Länder und verschiedener gesellschaftlicher und politischer Systeme kennenlernen, ist ein leicht durchschaubares Manöver.

Es soll dennoch dem Pressesprecher der CDU nicht genommen werden, im „Sturm auf die Botschaft Perus“ ein „anrührendes Zeichen der Sehnsucht nach materieller und geistiger Freiheit“ (in dieser Reihenfolge!) zu sehen. In den Slums von Lima wird mancher Kubaner, der jetzt unbedingt heraus will, bald anders denken.

Die Innenminister der Bundesrepublik haben sich am vergangenen Wochenende bereit erklärt, 400 der ausreisewilligen Kubaner aufzunehmen. Diese Entscheidung könnte unkommentiert bleiben, wenn nicht um die Einreise jedes einzelnen politischen Gefangenen aus faschistischen und Militärdiktaturen wie Argentinien, Uruguay und Chile, wegen regelmäßig erhobener Sicherheitsbedenken gerungen werden müßte. Die Innenminister handeln offensichtlich nach dem Grundsatz: Wer aus einem kommunistischen Staat heraus will, ist in jedem Fall ein Demokrat, wer als politischer Gefangener aus einer Militärdiktatur heraus möchte, aber steht im Verdacht, ein gefährlicher Umstürzler zu sein. Das Demokratiebild einiger Innenminister bedarf offenbar dringend der Aufklärung im Sinne des Grundgesetzes.



# Lateinamerikanische Chronologie

## März/April 1980

### El Salvador

In El Salvador ist die Situation gekennzeichnet durch blutigen Terror der reaktionären Kräfte einerseits, sowie andererseits durch die sich festigende Einheit der Volkskräfte im Widerstand gegen die Militärdiktatur. Zahlreiche Volksorganisationen El Salvadors haben sich zu einem „Revolutionären Koordinierungskomitee der Massen“ zusammengeschlossen, dessen Programm antimonopolistischen und antiimperialistischen Charakter trägt. Anfang April wird die Gründung der „Demokratischen Front“ bekanntgegeben, die alle in Opposition zur Junta stehenden Kräfte vereinigt. Der Bewegung gehören Vertreter politischer Parteien und Gewerkschaften sowie Angehörige aller Berufsschichten der Bevölkerung an. Am 17. April schließlich wird der Zusammenschluß aller oppositionellen Parteien und Organisationen zur „Revolutionären Demokratischen Front“ (frente democratico revolucionario – fdr) bekanntgegeben. Ihr gehören neben dem „Revolutionären Koordinierungskomitee der Massen“, der „Demokratischen Front“, der „Revolutionären nationalen Bewegung“, der „Volksbewegung der Befreiung“ auch die progressive Fraktion der christdemokratischen Partei und nahezu 50 Gewerkschaften, Studentenorganisationen und Berufsverbände an.

**2. 3. 1980:** Erzbischof Romero protestiert in einer Predigt gegen den Terror ultrarechter Kräfte, den diese unter dem Schutz der Sicherheitsorgane verüben.

**5. 3. 1980:** In der Nacht wurde ein Feuerüberfall auf das Hauptquartier der salvadorianischen Armee verübt.

Im Hafen von La Union landen Einheiten der US-Marine-Infanterie.

**6. 3. 1980:** Die Regierungsjunta verhängt den Ausnahmezustand und setzt damit sämtliche bürgerlichen Rechte außer Kraft. Der Ausnahmezustand soll für 30 Tage gelten.

**12. 3. 1980:** Innerhalb von drei Tagen fielen rund hundert Menschen Mordkommandos zum Opfer.

**14. 3. 1980:** Erzbischof Romero klagt die USA der offenen Intervention in El Salvador an. Er erklärte, die Unterstützung der USA für El Salvador bestünde in Munitions- und Waffenlieferungen für die Militärjunta, die die schlimmsten Repressalien gegen das Volk entfesselt habe. Folter und Mord seien an der Tagesordnung. Die von der Junta verkündete Bodenreform und die Verstaatlichung der Banken entsprächen nicht der Not des Volkes.

**17. 3. 1980:** Das „Revolutionäre Koordinierungskomitee der Massen“ ruft zu einem eintägigen Generalstreik auf. Mindestens 130 Menschen werden bei Zusammenstößen zwischen Streikenden und Einheiten der Polizei und Armee getötet.

Die Polizei erschießt 23 Bauern, die das Landgut „La colina“ nördlich von San Salvador besetzt hielten.

Alberto Ramos, Mitglied des „Revolutionären Koordinierungskomitees der Massen“ erklärt,

die USA hätten von November 1979 bis Februar 1980 Waffen im Werte von 18 Millionen Dollar an die Junta geliefert.

Die Nationalisierung der Banken bedeutet nach Ramos den Versuch der USA, ihre Investitionen im Lande abzusichern, da seit 1979 mehr als 2,5 Milliarden Dollar außer Landes geschafft worden sind.

**24. 3. 1980:** Während einer Messe wird Erzbischof Romero von unbekanntem Tätern erschossen.

**26. 3. 1980:** Der US-Botschafter in El Salvador, White, gibt bekannt, daß die 15 000 Mann starken Streitkräfte El Salvadors in volle Alarmbereitschaft versetzt worden sind.

In aller Welt werden Proteste gegen den Mord an Erzbischof Romero laut, dessen mutiges Eintreten für die Rechte des Volkes gewürdigt wird.

**28. 3. 1980:** Zehntausende von Menschen nehmen Abschied von Erzbischof Romero. Das „Revolutionäre Koordinierungskomitee der Massen“ ruft zu einem achttägigen Generalstreik auf.

**30. 3. 1980:** Mehr als 80 000 Menschen nehmen an den Trauerfeierlichkeiten für Erzbischof Romero teil. Bei einem während der Totenmesse auf die Teilnehmer verübten Feuerüberfall kommen mindestens 50 Menschen ums Leben, 400 Menschen werden verletzt.

**1. 4. 1980:** Bischöfe und andere Geistliche des Landes, die an der Trauerfeier teilgenommen haben, machen die Regierung für das Blutbad während der Trauerfeier verantwortlich.

**3. 4. 1980:** Die Bildung der „Demokratischen Front“ wird bekanntgegeben.

**10. 4. 1980:** Nationalgardisten überfallen einen Zug in der Nähe der Stadt La Concepcion und töten sieben Passagiere, darunter ein sechsjähriges Mädchen.

**17. 4. 1980:** Die Gründung der „Revolutionären demokratischen Front“ wird bekanntgegeben.

**21. 4. 1980:** Die Menschenrechtskommission von El Salvador gibt bekannt, daß seit dem Sturz des Diktators Romero im Herbst 1979 2429 Menschen ermordet worden sind, und daß täglich bis zu 60 Menschen dem Terror zum Opfer fallen.

Mehrere Ortschaften in der Provinz „Chalatanango“ werden nach einer Offensive des „Revolutionären Koordinierungskomitees“ gegen die Repressionen der Junta zu befreitem Territorium erklärt.

**23. 4. 1980:** Die USA verweigern der Menschenrechtskommission von El Salvador die Einreise, weil nach den Worten von US-Botschafter White „ein Besuch der Menschenrechtskommission in den USA den Interessen der USA und der Menschenrechtspolitik von Präsident Carter“ widerspricht.

Der mit der Untersuchung des Mordes an Erzbischof Romero beauftragte salvadorianische Anwalt Atilio Ramirez beschuldigt zwei hohe Offiziere im Ruhestand, die Ermordung Romeros veranlaßt zu haben. Bei den Offizieren handelt es sich um General Jose Alberto Medrano, den früheren Vorsitzenden der rechtsextremen „Demokratischen Nationalen Organisation“ und den früheren Chef der Nachrichtendienste, Major Roberto d'Awisson.

**24. 4. 1980:** Bei schweren Zusammenstößen zwischen Angehörigen der Volkskräfte und der

Armee werden 30 Menschen getötet.

Die Nationale Lehrgewerkschaft gibt die Ermordung zweier ihrer Mitglieder bekannt, und kündigte einen Proteststreik an.

**25. 4. 1980:** Vertreter des Revolutionären Koordinierungskomitees der Massen erklären, die USA und die Regierungen von Guatemala und El Salvador hätten 5000 Söldner für den Kampf gegen die Volksbewegung El Salvadors ausgebildet.

Die „Revolutionäre Demokratische Front“ kündigte an, daß der erste Schritt einer neuen Regierung die Einstellung der Rückzahlung von US-Krediten sein werde, die für Waffenkäufe benutzt worden sind.

Die USA sagten der Regierungsjunta von El Salvador eine neue Unterstützung in Höhe von 32 Millionen Dollar zu.

**2. 5. 1980:** Zum ersten Mal setzt die salvadorianische Armee im Kampf gegen die Volkskräfte auch die Luftwaffe ein.

### Chile:

**8. 3. 1980:** Bei Demonstrationen zum Internationalen Frauentag werden 136 Menschen verhaftet. 58 der Verhafteten treten in einen Hungerstreik und werden daraufhin von der Junta verbannt, d. h. innerhalb des Landes verschleppt.

**19. 3. 1980:** Die Demokratische Fraueninitiative ruft zur Solidarität mit den anlässlich der Demonstrationen zum Internationalen Frauentag Verhafteten auf.

**25. 3. 1980:** Juntachef Pinochet wird auf den Fidschi-Inseln von 4000 Demonstranten mit faulen Eiern empfangen.

In Manila/Philippinen, der nächsten Station der Goodwilltour Pinochets, ließ Präsident Marcos mitteilen, er werde Manila „in einer sehr wichtigen Angelegenheit“ verlassen. Pinochet war gezwungen, die Reise abzubrechen.

**19. 4. 1980:** Sämtliche Feiern und Aktionen zum 1. Mai werden von der Militärjunta verboten.

**30. 4. 1980:** Am Vorabend des 1. Mai werden 500 Menschen verhaftet. Die Kirche wird gezwungen, die traditionell am 1. Mai gelesene Messe abzusagen.

### Brasilien:

**19. 3. 1980:** Im brasilianischen Atlantikhafen Santos sind 12 500 Dockarbeiter in den Streik getreten. Mit dem Streik protestieren sie gegen das Tarifangebot der Hafengesellschaft, das eine Lohnerhöhung von 3 Prozent vorsieht. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 15 Prozent.

Die Metallarbeitergewerkschaft kündigt den Streik von 200 000 Metallarbeitern im Falle des Scheiterns von Tarifverhandlungen an. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 15 Prozent.

**26. 4. 1980:** Nach einer Kundgebung von 30 000 streikenden Automobilarbeitern wird der stellvertretende Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft festgenommen.

Bereits in der Woche zuvor wurden bei einem Polizeiiüberfall 15 Gewerkschaftsführer verhaftet.

Der für illegal erklärte Arbeitskampf der Metallarbeiter wird auch von Geistlichen der katholischen Kirche unterstützt.

**1. 5. 1980:** 40 000 Menschen, vor allem streikende Automobilarbeiter, fordern auf einer Kundgebung in der Industriestadt Sao Bernado



do Compo die Freilassung des verhafteten Gewerkschaftsführers Luis Inacio da Silva.

### Nikaragua:

**4. 3. 1980:** In Nicaragua wurden Pläne des US-Geheimdienstes CIA aufgedeckt, gemeinsam mit reaktionären Elementen des Landes den revolutionären Prozeß zu destabilisieren und das Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu sabotieren.

**15. 3. 1980:** Eine Regierungsdelegation Nikaraguas besucht die Bundesrepublik und führt Gespräche mit dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, von Dohnanyi, Finanzminister Matthöfer und Entwicklungshilfeminister Offergeld. Es ist dies der erste Besuch von führenden Politikern Nikaraguas nach dem Sturz des Somoza-Regimes.

**20. 3. 1980:** In Moskau verhandeln Partei- und Regierungsdelegationen der UdSSR und Nikaraguas über die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen.

**3. 4. 1980:** Anlässlich eines Besuchs einer Regierungsdelegation Nikaraguas in der DDR wurden zwischen den beiden Staaten Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie ein Handelsabkommen abgeschlossen.

Die Bundesregierung stellt Nicaragua im Jahre

1980 34 Millionen Mark zur Verfügung, davon 15 Millionen DM in Form von Warenhilfen

**12. 4. 1980:** Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet, daß an der Grenze zu Nicaragua eine 3000 Mann starke Söldnertruppe bereit steht, die jederzeit in Nicaragua eingreifen kann. Die Söldner setzen sich aus ehemaligen Nationalgardisten Somozas und Exilkubanern zusammen. Sie sind u. a. mit dem bundesdeutschen NATO-Gewehr G 3 ausgerüstet und werden von der CIA trainiert. Ihre Ziele: Terroreinsätze in Nicaragua, Störung des wirtschaftlichen Aufbaus, Behinderung der Alphabetisierungskampagne.

**16. 4. 1980:** Aktivisten einer sogenannten Kommunistischen Partei Nikaraguas, einer maoistischen Gruppierung werden festgenommen und konterrevolutionärer Umtriebe beschuldigt. Die dieser Gruppe nahestehende Organisation „Frente Obrero“ wird nach den Worten des Regierungsmitglieds Sergio Ramirez künftig nicht mehr im Staatsrat vertreten sein, da sie bewaffnete Aktionen gegen die sandinistische Regierung geplant haben. Unter anderem sind bei diesen Gruppen geheime Waffenlager entdeckt worden.

Der sandinistische Gewerkschaftsbund CST hat in diesem Zusammenhang zur Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale aufgerufen, um den konterrevolutionären Elementen endgültig das Handwerk zu legen und den revo-

lutionären Prozeß wirksam zu unterstützen.

**27. 4. 1980:** Die Mitglieder des Regierungsrates Alfonso Robelo und Violeta de Chamorro treten von ihren Ämtern zurück. Robelo und seine Partei, die „Nikaraguanische Demokratische Bewegung“ hatten in jüngster Zeit die Politik der Regierung zunehmend kritisiert, und immer öfter die Interessen einiger Privatunternehmer vertreten. Anlaß für den Rücktritt Robelos waren die Zusammensetzung des Staatsrates und seine Erweiterung von 33 auf 47 Mitglieder. Neben den Gewerkschaften und den Parteien und Massenorganisationen soll die sandinistische Befreiungsfront eine ihren Verdiensten bei der Zerschlagung der Somoza-Diktatur und dem Wiederaufbau des Landes entsprechende Repräsentanz erhalten. Diese Sitzverteilung berücksichtigt nach Auffassung Robelos und seiner Partei die Interessen der Privatunternehmer, die noch rund 60 Prozent der Wirtschaft und Industrie Nikaraguas in Händen haben, zu wenig. Violeta de Chamorro läßt mitteilen, daß ihr Rücktritt ausschließlich gesundheitliche Ursachen habe.

Zehntausende von Demonstranten bekunden in Managua ihre Verbundenheit mit der Politik der Regierung.

**1. 5. 1980:** Zum ersten Mal wird der 1. Mai als nationaler Feiertag begangen.

## Christen in Kuba

„Die andere Religion war die katholische. Die wurde von den Pfarrern eingeführt, die um nichts in der Welt in die Sklavenbaracken gingen. Die Pfarrer waren sehr reinlich. Sie hatten ein ernsthaftes Aussehen, das nicht in die Baracken paßte. Sie waren so ernsthaft, daß es sogar Neger gab, die wörtlich taten, was sie sagten. Die hielten sich auf eine üble Weise an den Pfarrer. Sie lernten den Katechismus und lasen ihn den anderen vor. Mit allen Wörtern und Gebeten. Diese Neger waren Hausklaven und trafen sich mit den anderen, den Feldsklaven, auf den Höfen. Sie waren so was wie Botschafter der Pfarrer. Die Wahrheit ist, daß ich niemals diese Lehre gelernt habe, denn ich habe nichts begriffen. Ich glaube, die Hausklaven auch nicht, nur, weil sie so fein waren und so gut behandelt wurden, spielten sie die Christen.“ (Lit. 1, S. 39)

Treffend und konkret beschreibt hier ein kubanischer Sklave des vorigen Jahrhunderts die Situation der katholischen Kirche: Sie war – wie in keinem anderen lateinamerikanischen Land – eine Kirche der Reichen und darum ohne Bedeutung für das Volk. Hinzu kam ihr Engagement für das spanische Kolonialregime während der Befreiungskämpfe im vergangenen Jahrhundert, das eine stark antiklerikale Stimmung erzeugte. Während der folgenden Zeit setzte die Kirche unbeirrbar ihre Fehler fort: Der Klerus wurde aus Spanien weiterhin importiert, durch das Bündnis mit den Herrschenden, nicht mit

dem Volk, versuchte man gesellschaftliches Ansehen zu gewinnen. Hauptfeld der Tätigkeit war die Ausbildung in höheren Schulen, die den spanischen Stammorden beträchtlichen Gewinn eintrugen. 1953 gab es in Havanna 200 Priester an den kirchlichen Gymnasien, aber nur 16 Pfarreien mit durchschnittlich zwei Priestern; auf dem Lande gab es kaum Priester. Obwohl die Protestanten nur 3,2 Prozent der Bevölkerung ausmachten (1959), hatten sie fast ebenso viele Pfarrer wie die katholische Kirche. Sie unterhielten zudem 86 Primar- und 10 Sekundarschulen, einige Denominationen, wie die Heilsarmee und die Methodisten, arbeiteten unter der ärmsten Landbevölkerung. Sie schlossen sich der Revolution an, und Fidel Castro spricht mit Achtung von ihnen: „Es waren freundliche, höfliche Leute. Ich würde sagen, sie waren unsere Freunde. Ich habe sie in Erinnerung behalten als sehr freundliche Leute mit vornehmen Charakter. Es gab nicht die geringsten Auseinandersetzungen mit ihnen. Tatsächlich müssen wir sagen, daß sie während des Krieges mit uns zusammengearbeitet haben“ (Lit. 2, S. 364). Allerdings waren diese protestantischen Denominationen stark von den USA abhängig.

Die Brutalität des Batista-Regimes, eine offensichtliche Verhöhnung aller christlichen Soziallehren, spaltete schließlich auch die bürgerliche Kirche. Es gab höchste Kleriker, wie den Kardinalerzbischof von Havanna, Artega y Betan-

court, die weiterhin mit Batista sympathisierten; es gab aber auch den Erzbischof von Santiago de Cuba, Pérez Séranes, der sich schon 1953 für die Angreifer auf die Moncada-Kaserne offen einsetzte. Séranes und Alberto Martín, Bischof von Matanzas, forderten 1958 den Rücktritt Batistas, worauf eine blutige Verfolgung des fortschrittlichen Katholizismus einsetzte, die in der Ermordung des katholischen Arbeiterführers Gonzales gipfelte. „Die Last des Widerstandes gegen Batista wurde also nicht von der Mehrheit der Hierarchie und des Klerus getragen, wohl aber von einer nicht unbedeutenden Gruppe militanter Katholiken, die in breiteren Kreisen der katholischen Bevölkerung, bei einer Anzahl Priester und zwei bis drei Bischöfen Verständnis und Rückhalt fand“ (Lit. 3, S. 1009).

Mit der Proklamation der sozialistischen Revolution kam es zur heftigen Konfrontation mit dem Klerus, der sich in eine militante antikommunistische Ideologie verrannte. Im November 1960 verurteilte sogar Erzbischof Pérez Séranes alle Katholiken, die mit der Revolution arbeiteten, in einem Hirtenbrief mit dem bezeichnenden Titel „Rom oder Moskau“. Höhepunkt der Auseinandersetzung war die Invasion in der Schweinebucht am 17. April 1961, die von drei spanischen Patres begleitet wurde, die in einem Aufruf an die Bevölkerung den Überfall als Kreuzzug gegen den Kommunismus anpriesen. Zahllose Kleriker wurden in konterrevolutionäre Verbrechen verwickelt.



Es wäre ein Leichtes gewesen, eine Kirche ohne Rückhalt im Volk, sich selbst durch politische Verbrechen denunzierend, endgültig zu zerschlagen. Es spricht für die Weisheit und die Toleranz Fidel Castros, daß er das nicht tat; die Regierung erklärte vielmehr am 19. März 1962: „Die Revolution hat ernste Maßnahmen ergriffen, um die Verschwörung der katholischen Hierarchie zu brechen, aber sie hat nichts getan, was einen echten Katholiken aus dem Volk beleidigen könnte, im Gegenteil, sie hat das Recht der Gläubigen auf ihren Kult und ihre Religion garantiert.“

Fidel Castro, der Jesuitenschüler, kann zu Recht sagen: „Ich kenne durchaus eine Menge von christlichen Grundsätzen und von der Lehre Christi. Meiner Meinung nach war Christus ein großer Revolutionär... Ich behaupte, daß es eine ganze Menge Gemeinsames gibt zwischen dem Geist oder dem Wesen seiner Lehre und dem Sozialismus“ (Lit. 2, S. 36). Und er sagt an gleicher Stelle: „Ich spreche von Mexiko oder Chile oder Argentinien oder von anderen Ländern, wo Religion eine politische Kraft ist.“

Aus prinzipiellen wie aus taktischen Erwägungen hat es also im sozialistischen Kuba niemals eine Christenverfolgung gegeben.

Mit dem Pontifikat Johannes XXIII. beginnt eine neue Periode der Besinnung in der ganzen Kirche. Anfang 1963 schickt er als Nuntius Cesare O. Zacchi nach Kuba, über den Fidel Castro urteilt: „Ein sehr intelligenter Mann, sehr fähig, er arbeitete wirklich klug... Er arbeitete wirklich daran, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat zu verbessern, und er versuchte auch, die katholische Kirche dahin zu bringen, daß sie ihre religiösen Pflichten erfüllte, statt sich in konterrevolutionären Aktivitäten zu engagieren“ (Lit. 2, S. 366).

Zugleich erscheinen die fortschrittlichen Enzykliken „Pacem in terris“ und „Populorum progressio“ (die letztere wurde von der revolutionären Regierung verbreitet!), die wiederum einen

Wandel in ganz Lateinamerika bewirkten, was besonders in der Bischofskonferenz in Medellín deutlich wird. Daraufhin veröffentlichte die kubanische Bischofskonferenz nach achtjährigem Schweigen am 10. April 1969 ein Kommuniqué, in dem dazu aufgefordert wird, an der Entwicklung der kubanischen Gesellschaft ohne ideologische Verdammung mitzuarbeiten.

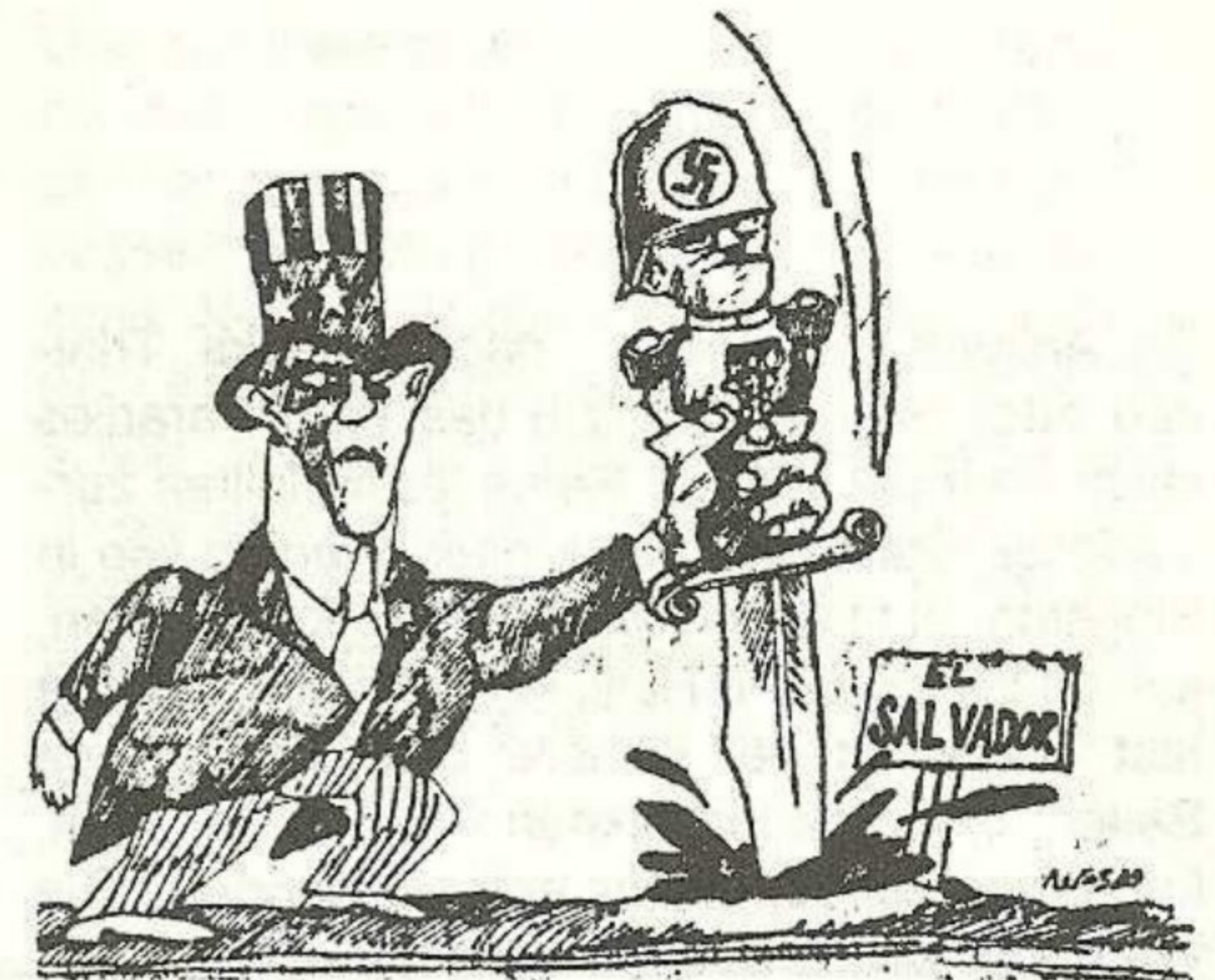
Ernesto Cardenal, Priester und Kulturminister in Nicaragua, hat aufgeschrieben, was junge Christen, die ursprünglich konterrevolutionär waren, erlebten: „Ich begriff, daß ich Revolutionär werden mußte, um dafür zu kämpfen, die Revolution besser zu machen. Ja, auch die schlechten Dinge und die Mißstände, die man dort im Lager zu sehen bekam, bekehrten mich zur Revolution. Denn diese Mißstände lagen an den Lagerleitern, Bauern aus der Sierra Maestra, die wohl gute Guerilleros und gute Rebellen gewesen waren, aber eben ungebildet und roh. Die Revolution hatte noch keine Zeit gehabt, sie zu erziehen. Und die Gesellschaft, zu der ich vorher gehört hatte, war schuld daran, daß sie dumm und roh waren. Außerdem sah ich, unter welchen Bedingungen die Bauern in der Umgebung lebten, fast genauso schlecht wie wir. Ihre Hütten! Und die Lagerleiter lebten auch so in primitiven Hütten. Die unter denen wir im Lager lebten und die schrecklich für uns waren, mußten ihnen in ihren Bohíos fast normal vorkommen. Ihr ganzes Leben hatten sie so gelebt. Ich kam aus einer kleinbürgerlichen Familie. Einmal fiel mir das Dokument der Bischöfe der Dritten Welt in die Hände, und das brachte mich zum Nachdenken... Ich begriff, daß ich mein Leben ändern mußte, wenn ich meinem Glauben leben wollte“ (Lit. 4, S. 107).

Derselbe junge Christ verabschiedet sich von Cardenal mit den Worten: „Padre, wenn Sie über Kuba schreiben, dann sagen Sie, daß es hier Christen gibt, die glücklich darüber sind, in Kuba zu leben. Wir erleben hier eine der interessantesten Erfahrungen, die man überhaupt erleben kann, und um nichts in der Welt möchte ich 25 Jahre früher geboren worden sein. Ich glaube, es ist eine große Gnade Gottes, heute in Kuba leben zu dürfen“ (Lit. 4, S. 110).

Jochen Schwabedissen

Literatur

- Lit. 1: Der Cimarrón, hrsg. von Miguel Barnet, suhrkamp taschenbuch 346, 1976.
- Lit. 2: Fidel Castro: „Es gibt keine Widersprüche zwischen den Zielen des Glaubens und den Zielen des Sozialismus“, in: Junge Kirche 7/1978, S. 363 ff.
- Lit. 3: Hans-Jürgen Prien, Die Geschichte des Christentums in Lateinamerika, 1978.
- Lit. 4: Ernesto Cardenal, Kubanisches Tagebuch, Gütersloher Taschenbuch 247, 1977.



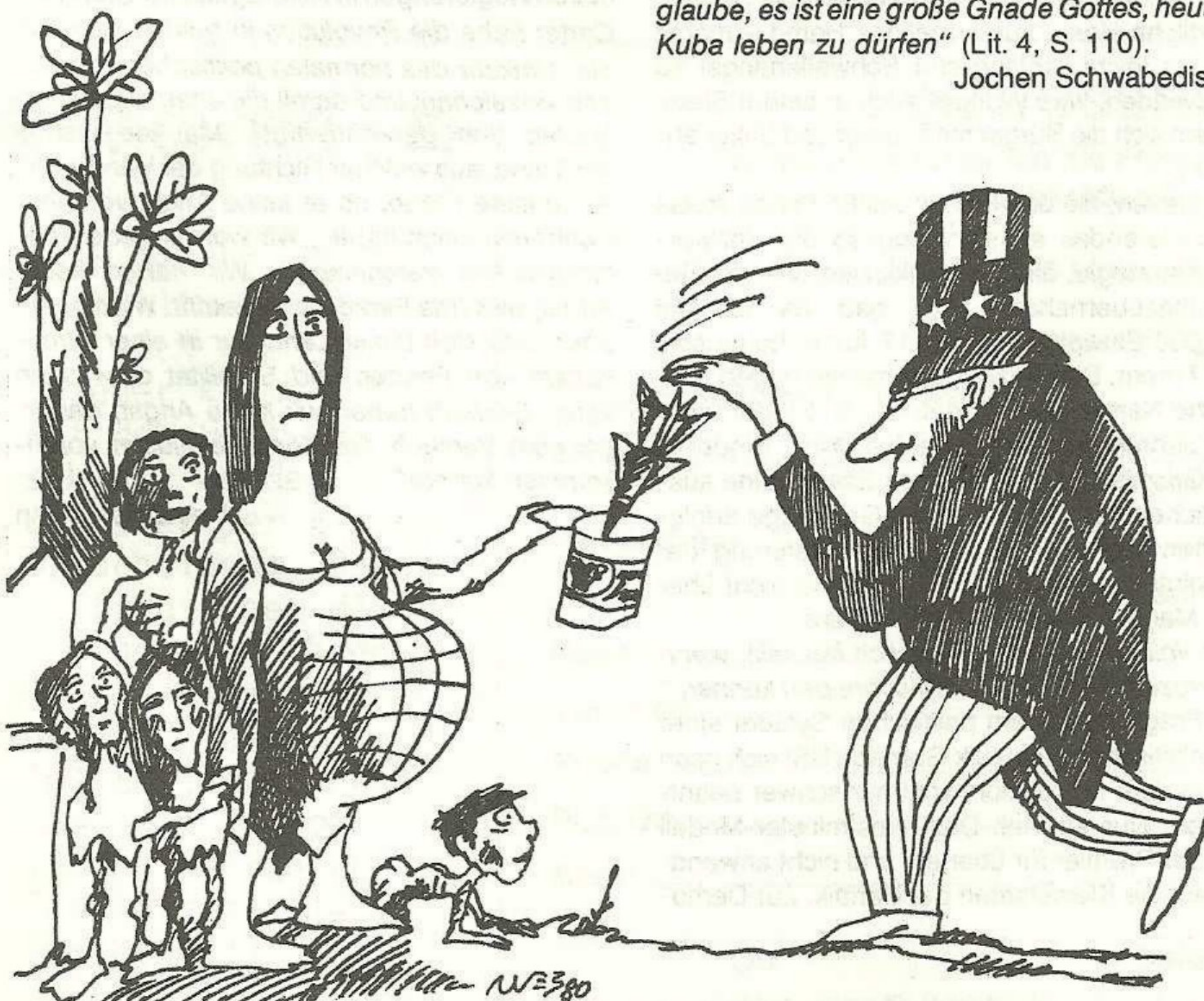
## Erzbischof Romero's Mörder sind Fidel Castros Feinde

„Wer waren die ersten Christen? Die Armen, die ärmsten Leute, das erniedrigte Volk, die Sklaven waren die ersten Christen. Und sie wurden jahrhundertlang verfolgt, bis schließlich ein Kaiser selbst Christ wurde. Das ist die Wahrheit. Die ganze Anfangszeit des Christentums erinnert mich an die Zeit, durch die die Kämpfer für soziale Gerechtigkeit hindurchgehen mußten“ (Fidel Castro).

Heute ist für Christus in Lateinamerika die Zeit ihres Ursprungs wieder gekommen, heute stehen sie wieder mit den Kämpfern für soziale Gerechtigkeit in einer Front. Der blutige Mord an Erzbischof Oscar Romero in San Salvador ist nur ein letzter Beweis für diese Wahrheit, nachdem Hunderte von Priestern und Ordensleuten ihr Leben lassen mußten.

Seiner Herkunft nach war Romero ein konservativer Mann. Da er aber das Evangelium ernst nahm, wurde er zum Anwalt der Armen und Ankläger der Herrschenden. Er war gewarnt worden, daß er liquidiert werden solle. „Niemand kann jedoch die Stimme der Gerechtigkeit umbringen“, betonte der Erzbischof. Die herrschende Klasse wisse, daß sie Gefahr laufe, die Kontrolle über das Land zu verlieren. „Sie verteidigt ihre Interessen... mit Geld, das es ihr erlaubt, Söldner anzuwerben und zu bezahlen, die die Menschen massakrieren und jede legitime Äußerung unterdrücken.“

Kurz zuvor hatte Romero den US-Präsidenten davor gewarnt, durch weitere Militärhilfe die Unterdrückung zu verschärfen. Nun kamen seine Mörder offensichtlich aus den USA – aus den Kreisen der Exilkubaner, die fortlaufend Sabotageakte gegen die kubanische Revolution planen: Erzbischof Romero's Mörder sind Fidel Castros Feinde. Ihr Verbrechen wird dazu beitragen, daß Christen und Sozialisten in Lateinamerika und überall in der Welt ihr Bündnis festigen, um gemeinsam gegen Ausbeutung und Imperialismus zu kämpfen. Jochen Schwabedissen





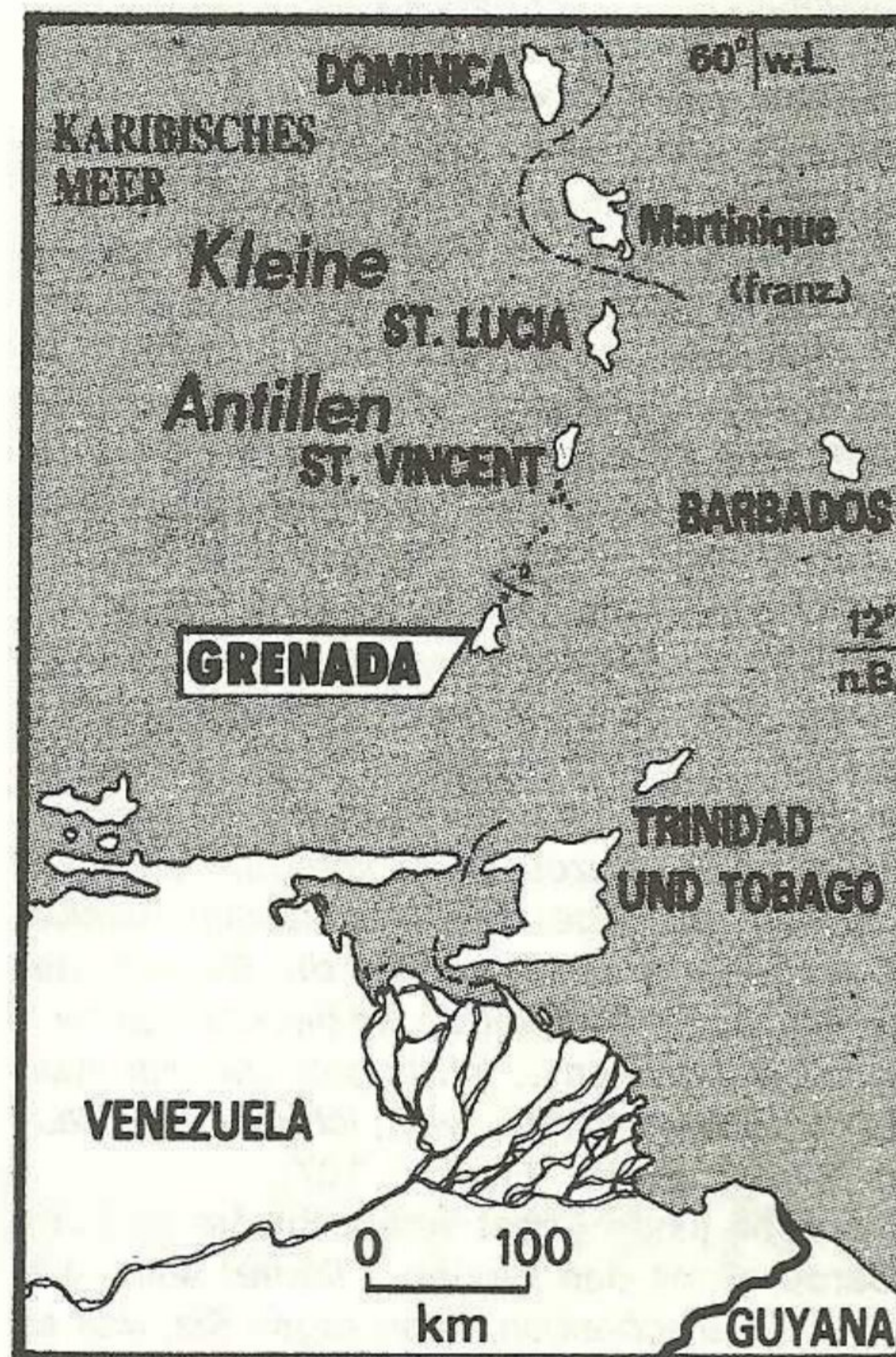
# Reiseeindrücke aus Grenada

## Treffen mit Präsident Bishop

Die Ankunft in Grenada – nach Jamaika, Trinidad oder Haiti geht einem das Wort Paradies leicht über die Lippen. Keine lärmgefüllten zersiedelten Städte mit verslumten Vierteln wie in Kingston und Port of Spain, keine abgeholzten, kahlen Berge wie in Haiti; keine Kriminalität wie fast überall in der Karibik. Die Grand Anse Beach, einer der schönsten Strände der Welt, kann man getrost nachts entlang wandern. Die Warnung des „South American Handbook“ (Ausgabe 1978) vor Räubern und Dieben ist von der Zeit, oder besser von der Revolution eingeholt worden, die hier im März 1979 über die Bühne gegangen ist. Abgelöst wurde der selbsternannte „Sir“ Eric Gairy, der sich weniger wegen seiner Regierungskünste einen Namen gemacht hatte als vielmehr durch seine Unmenschlichkeit, astrologischen Kenntnisse und die vielen Ufos, die er über Grenada gesehen hatte.

Aber muß es denn immer gleich eine Revolution sein? Touristen, auch welche, die sich selbst als progressiv einschätzten, warnten uns vor politischen Gesprächen. Spitzel seien überall, ins Gefängnis komme man schneller hinein als heraus. Sie meinten es gewiß gut mit uns, ahnten aber nicht, daß sie Opfer einer breit angelegten Destabilisierungskampagne geworden waren. Oder möchten Sie mit Neckermann Urlaub auf einer Insel machen, auf der bald sowjetische Raketen stehen? Die „Bunte“ berichtete im Juni 1979, geheimnisvolle Besucher aus Kuba und SU seien in Grenada gewesen. Nordamerikanische Spionage-Flugzeuge hätten ausgedehnte Rodungen im Urwald gesehen, die durch Straßen miteinander verbunden worden wären. Das sei Bildern ähnlich, wie sie auf Kuba 1962 zu beobachten gewesen seien, als Fidel der Stationierung sowjetischer Raketen zugestimmt hatte. Derartige Informationen werden auf höchster geheimdienstlicher oder diplomatischer Ebene gehandelt – sollten sie tatsächlich wahr sein (bei den Rodungen handelt es sich allerdings um landwirtschaftliche Nutzflächen, wie uns Ministerpräsident Maurice Bishop in einem Interview erklärte). Wie kommt ein Reporter der „Bunten“ an sie heran? Ist er vielleicht selbst Agent, etwa der CIA?

Unser Ziel war es, uns über die Entwicklung in der Karibik zu informieren, eine Region, in der sich der Wind gedreht hat. Dazu gehörte auch ein Gespräch mit dem Regierungschef. Der Weg zu ihm war nicht gerade mit Hindernissen gepflastert, er muß sich sehr sicher fühlen. Das Regierungsgebäude war eine Baustelle, deren Bild von Maurerfäusten und Preßluftschlämmern bestimmt wurde. Einige Minuten warten, dann nimmt uns Carrol Lowes in Empfang, die Pres-



sesprecherin von Maurice Bishop und wenig später sitzen wir ihm selbst gegenüber.

Der Premierminister – ein Riese von Gestalt, sportliche Hose, kurzärmeliges Hemd – macht es uns leicht, anfängliche Schwellenangst zu überwinden, was Wunder auch in einem Staat, in dem sich die Bürger mit Brother und Sister anreden.

Die Zahlen, die uns Bishop nennt, haben etwas Faszinierendes an sich, ebenso die Entwicklungsstrategie, die er uns skizziert. Vor der Regierungsübernahme z. B. gab es für die 110.000 Einwohner ganze 17 Ärzte, heute sind es 17 mehr. Die Hinzugekommenen tragen spanische Namen – es sind Kubaner. Kinder unter fünf Jahren erhalten kostenlos Milch, Kinder in der Grundschule kostenloses Essen. Eine ausgeglichene Ernährung ist die Grundlage erfolgreichen Lernens, und eine Stabilisierung der Revolution geht über den Kopf und nicht über den Magen. Maurice Bishop zu uns:

„Ein Volk kann nicht tatsächlich frei sein, wenn 25 Prozent nicht lesen und schreiben können.“

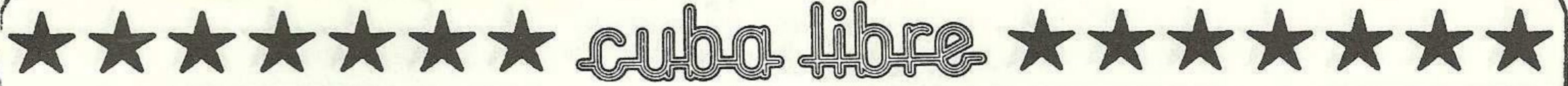
Die Frage nach dem politischen System einer sozialistischen Republik Grenada läßt sich nach einem Jahr Revolution wohl nur schwer beantworten. Nur so viel: Das Westminster-Modell hält der Premier für überlebt und nicht anwendbar auf die Kleinstaaten der Karibik. Zur Demo-

kratie westlichen Musters: „Wissen Sie, für fünf Sekunden ist man alle fünf Jahre ein Demokrat und für den Rest der Zeit hält man den Mund.“ Als Ziel seiner Politik nennt er die Teilhabe der Bevölkerung an den Entscheidungen, die auf der Ebene der Gemeinden und Städte, der Kooperativen, der Erziehung und der Gesundheit anstehen. Damit sind wir bei einem anderen Thema: der Wirtschaft. Hier wird es drei Sektoren geben: einen staatlichen (er kümmert sich um das Fischereiwesen und die Agroindustrie – beides ist mit kubanischer Hilfe im Entstehen –, um den Tourismus und den Außenhandel), einen privaten (Einzelhandel, Handwerk) und einen kooperativen (vor allem in der Landwirtschaft).

Eine solche Entwicklung im Hinterhof der USA, in deren „Mare Nostrum“, muß in Washington Hektik auslösen – und das nach Kuba und Nicaragua, wobei die Zukunft El Salvadors sowie der Antillen-Inseln St. Lucia und Dominica auch nichts Gutes für die USA verheißt. Die Vereinigten Staaten versuchen, das Rad der Geschichte auf zweierlei Arten anzuhalten, wenn nicht sogar zurückzudrehen: Auf militärische mit der Bildung einer speziellen Eingreiftruppe für die Karibik und auf wirtschaftlich-ideologische durch Destabilisierungsmaßnahmen. Eine Meldung aus der „FR“ vom 29. April: Die Informationsministerin von Grenada „kritisierte auch Präsident Carter wegen seiner Haltung gegenüber den neuen Regierungen in Nicaragua und Grenada. Carter habe die Revolution in beiden Ländern als ‚Umkehr des normalen politischen Prozesses‘ bezeichnet und damit die ehemaligen Diktaturen dort gerechtfertigt“. Maurice Bishop weiß also, aus welcher Richtung der Wind weht. Auf unsere Frage, ob er keine Angst vor einer Konterrevolution habe: „Wir werden jede Konterrevolution zerschlagen. Wir haben keine Angst, was das Persönliche betrifft. Wir meinen aber, daß sich unser Land nur in einer Atmosphäre von Frieden und Stabilität entwickeln kann. Deshalb haben wir keine Angst, daß irgendein Versuch der Konterrevolution vorankommen könnte.“

Heinz Pohlmann





## aus der Geschäftsstelle

Bonn, 29. April 1980. Anfragen an die Geschäftsstelle: Wir brauchen dringend Infomaterial für unseren Stand zum 1. Mai. Zusammen-suchen, einpacken, zur Post damit, hoffentlich klappt's noch rechtzeitig!

Was kann alles bestellt werden? Granma, die Zeitschrift Bohemia, das „cuba libre“, Materialien zur Kultur und Bildung und zum Gesundheitswesen und die Rede Fidel Castros auf dem FMC-Kongreß vom 8. März 1980 sind immer da. Nur noch begrenzt vorhanden: Fidels Rede vor der UNO als Präsident der Blockfreien (war auch in den letzten drei Nummern des AIB dokumentiert). Wegen Materials zu speziellen Fragen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Städtebau usw.

lohnt es sich immer, hier nachzufragen. In Einzelfällen kann aus umfanglicheren Materialien kopiert werden.

### 4,23 m Infos

Alle eingetüteten und versandbereiten Infos der Freundschaftsgesellschaft ergeben übrigens einen Turm in Höhe von 4,23 m, wenn sie übereinandergestapelt sind. Ganz schön viel! Das liegt an den vielen Kuba-Freunden. Rund 90 neue Mitglieder sind in den letzten drei Monaten aufgenommen worden. Und nahezu täglich gehen neue Aufnahmeanträge ein. Das Interesse an Kuba wächst.

Aber auch sonst kann sich die Geschäftsstelle über mangelndes Interesse nicht beklagen. Die Anfragen betreffen die Ursachen des Blauschimmels am kubanischen Tabak, Reisen nach Kuba, Arbeitsaufenthalte in Kuba, Wissensaustausch, Ziele und Aufgaben der

Freundschaftsgesellschaft. Und schließlich muß auch die Kassierung der Mitglieder mit Unterstützung der lokalen Gruppen von hier aus organisiert werden.

### Freundschaftsgesellschaft stärken – Beitrag zahlen!

Und damit wären wir zum Schluß bei einer brennenden Frage: Erst rund ein Fünftel der Mitglieder hat bisher seinen Beitrag in Form von Einzugsermächtigung oder per Dauerauftrag bezahlt. Nur ein Beispiel: Allein die Kundgebung der Freundschaftsgesellschaft in Bonn am 9. Mai 1980 hat uns 2000 DM gekostet! Deshalb an dieser Stelle noch mal der dringende Appell: Zahlt eure Beiträge, füllt die Einzugsermächtigung aus und schickt sie an die Geschäftsstelle! Wir sind für unsere Arbeit auf jeden einzelnen Beitrag angewiesen!

## Weg mit den Berufsverboten für Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft!

Der Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA hat an den Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein folgende Resolution geschickt:

Der Kieler Ernährungswissenschaftlerin Annette Lommel, Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA droht ein Ausbildungsverbot. Der schleswig-holsteinische Kultusminister will nach seiner Mitteilung vom 25.2. 1980 ihre Bewerbung auf Übernahme in den Vorbereitungsdienst an Berufsbildenden Schulen ablehnen. Er wirft ihr vor, nicht die Gewähr dafür zu bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten.

Grundlage für diesen Vorwurf ist für das Kieler Kultusministerium u.a. die Tatsache, daß Annette Lommel sich als Kontaktadresse für die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA angegeben hatte.

Nachdem Annette Lommel im Juli 1979 an der Kieler Christian-Albrechts-Universität ihr Examen mit der Note "gut" absolviert hatte, bemühte sie sich seit August 1979 um Einstellung in den Vorbereitungsdienst. In einem sogenannten Einstellungsgespräch im Kieler Kultusministerium wurde ihr ihre Aktivitäten für die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA angelastet.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA protestiert gegen diese ungeheuerliche Diskriminierung eines ihrer Mitglieder.

Das Eintreten für die in der Plattform und der Satzung der Freundschaftsgesellschaft verankerten Ziele der Völkerverständigung auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz wird hier als verfassungsfeindlich diffamiert. Ein solches Vorgehen behindert die Entwicklung guter Beziehungen zwischen unserem Volk und dem Volk Kubas sowie den demokratischen Kräften Mittel- und Zentralamerikas. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA fordert alle demokratischen Kräfte auf, sich gegen diesen Skandal zur Wehr zu setzen. Sie fordert die unverzügliche Einstellung ihres Mitglieds Annette Lommel in den Vorbereitungsdienst.

H.E. Gross, 1. Vorsitzender

## ★ WICHTIG ! ★

Aber der Nr. 3 von "cuba libre" können nur noch die Mitglieder kostenlos mit dem Heft beschickt werden, die entweder per Einzugsermächtigung, Dauerauftrag, über die Gruppe o.ä. ihren Mitgliedsbeitrag bezahlt haben. Sollte jemand noch über die Gruppe zahlen: bitte der Geschäftsstelle mitteilen!!

## EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, den von mir zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag\* in Höhe von

\_\_\_\_\_ DM sowie eine Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ DM  
gesamt \_\_\_\_\_ DM

zu Lasten meines Kontos Nr. \_\_\_\_\_

bei der \_\_\_\_\_  
(genaue Bezeichnung der Bank)

Bankleitzahl \_\_\_\_\_  
mittels Lastschrift einzuziehen.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

\* Der Mitgliedsbeitrag beträgt für Schüler, Studenten, Auszubildende, Zivildienstleistende, Rentner usw. 2,- DM monatlich, sonst 5,- DM monatlich. Die Abbuchung erfolgt vierteljährlich jeweils in der Mitte des Quartals.



**UNIDOC**  
Film für  
den Fortschritt

**EINE REISE NACH CUBA**

16 mm - Bestell-Nummer 3892

Dokumentarfilm, BRD 1978  
Farbe - Magnetton - 45 Minuten  
Ein Film von Reinhold Böhm, Angelika Herchenhein, Wilfried Kaute, Peter Kleiner, Barbara Lamsfuß, Wolfram Seeger, Yoash Tataru und Marianne Tralau  
Redaktion: Alexander von Cube  
Produktion: Film- und Video-Gruppe GmbH, Köln

Die Filmemacher erzählen: "Wir haben eine Gruppe westdeutscher Pädagogen und Mediziner während einer 14tägigen Studien- und Erholungsreise durch Cuba begleitet und dabei versucht, ein wenig von der Schönheit dieses Landes und von den sozialen Veränderungen, die die Revolution den Cubanern gebracht hat, mit der Kamera zu dokumentieren. Unser Film gibt, entsprechend dem Reiseprogramm der Touristen, vor allem einen Einblick in das cubanische Bildungs- und Gesundheitssystem, in die Arbeit der Komitees zur Verteidigung der cubanischen Revolution und die Vorbereitungen für die XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die Ende Juli in Havanna beginnen. Er zeigt, zu welchen Anstrengungen ein kleines Land fähig ist und welche Fortschritte es erreichen kann, wenn es sein Schicksal selbst in die Hand nimmt."

Keine Frage, daß man Lust auf eine solche Reise nach Cuba bekommt. Keine Frage, daß man einiges noch genauer wissen möchte, gerade weil man von dem beeindruckt ist, was man hört und sieht über Schulen und Bildungsmöglichkeiten z.B. die Bilder aus einem ehemals berühmten "Gefängnis" für Geistesranke, die heute unter menschlichen Bedingungen in einer freundlichen und entspannten Atmosphäre bei Arbeit und Sport und eigener kultureller Betätigung unter sorgfältiger Obhut leben, vermitteln etwas von dem neuen Menschenbild, das hier zugrundeliegt, und bleiben so im Gedächtnis.

Das scheinen einige eher zu befürchten. "tele-control" - der Medien-Schnüffel- und Diffamier-Dienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - schrieb nach der Sendung:

"Diese Informationsreise ist nichts weiter als ein Vorwand für knieplückende Propaganda für die kommunistische Diktatur auf Kuba. Durch die Bank nach dem Rezept: Vor der Revolution war in Kuba alles schlecht, heute ist dort alles gut: Die Kinder sind glücklich, daß sie fürs Kollektiv erzogen werden; die Landarbeiter-Brigaden schneiden für den Sozialismus noch mehr auf als Zuckerrohr ab; es gibt keine Analphabeten und Arbeitslose mehr; wegen der hervorragenden Sozialordnung leidet keiner mehr Not; und Tod und Krankheit haben kaum noch Chancen, optimal versorgte Patienten hinzuraffen. Die Bevölkerung lebt im rechten Glauben, daß der Kommunismus die Welt im allgemeinen und Kuba im besonderen in ein Paradies verwandeln werde. Allah Marx ist groß und Mohammed Castro ist sein Prophet. Und für das Volk der Kubaner lohnt es sich, für die kommunistischen Ziele zu kämpfen und zu sterben - notfalls sogar fern der Heimat. "Mein Mann kämpft als 'Internationalist' in Afrika." So eine Fischerin voller Stolz; und die Filmemacher für den WDR kolportieren solche irreführenden Sprüche ungeniert und unkommentiert. Wieviel pausbäckige Unschuld, wieviele gespielte Ahnungslosigkeit ist da am Werke."

Ein weiterer Film über Cuba: "Wenn die Conga singt". Literatur zum Thema: Hans-Gert Schubert, Rote Insel im Atlantik, Verlag Neues Leben, Berlin 1978; Hannes Stütz, Kuba. Vom Zuckerrohr zur Zukunft, Weltkreis Verlag, Dortmund 1978.

**UNIDOC**  
Film für  
den Fortschritt

**WENN DIE CONGA SINGT**

35 mm - Bestell-Nummer 3801  
16 mm - Bestell-Nummer 3802

Dokumentarfilm, DDR 1978  
Farbe - Lichtton - 35 Minuten  
Produktion: DEFA-Studio für Dokumentarfilme; Regie: Nina Freudenberg

Die Conga, das ist ein kubanisches Instrument, ist Rhythmus, ist Tanz. Wenn die Conga singt, erzählt sie Geschichten von Kuba - alte, von den spanischen Eroberern, von imperialistischen Unterdrückern - und neue, vom freien Kuba von heute, von der Schönheit dessen, was Hände erschaffen, vom Stolz auf unseren Tag.

Die Conga wird zu den XI. Weltfestspielen in Havanna die Jugend der Welt begrüßen. Sie begleitet die Vorbereitungen, die Arbeit, das Leben der Jugend in Kuba - wie auch im Film die Gruppe "Moncada" mit ihren Liedern.

Wir treffen sie auf der Großbaustelle der Jugend - für eine Düngemittelfabrik beim Bau einer Straße, wo es vorher keine Verbindung zwischen den Dörfern, keinen Arzt, keine Schule gab. "Hier, wo unsere Väter kämpften, antworten wir mit unserer Arbeit." Warum gerade eine Straße als Jugendobjekt? - "Sie ist Bewegung, läuft immer vorwärts..."

Wir treffen Carlos - mit 11 Jahren traf er im Dschungel die Rebellen, mit 14 ging er als einer der jüngsten Alphabetisierungslehrer aufs Land, kam dann ans Chemie-Institut in Havanna, studierte Chemie in Moskau - heute ist er mit 29 Betriebsleiter der Abteilung Salpeterherstellung.

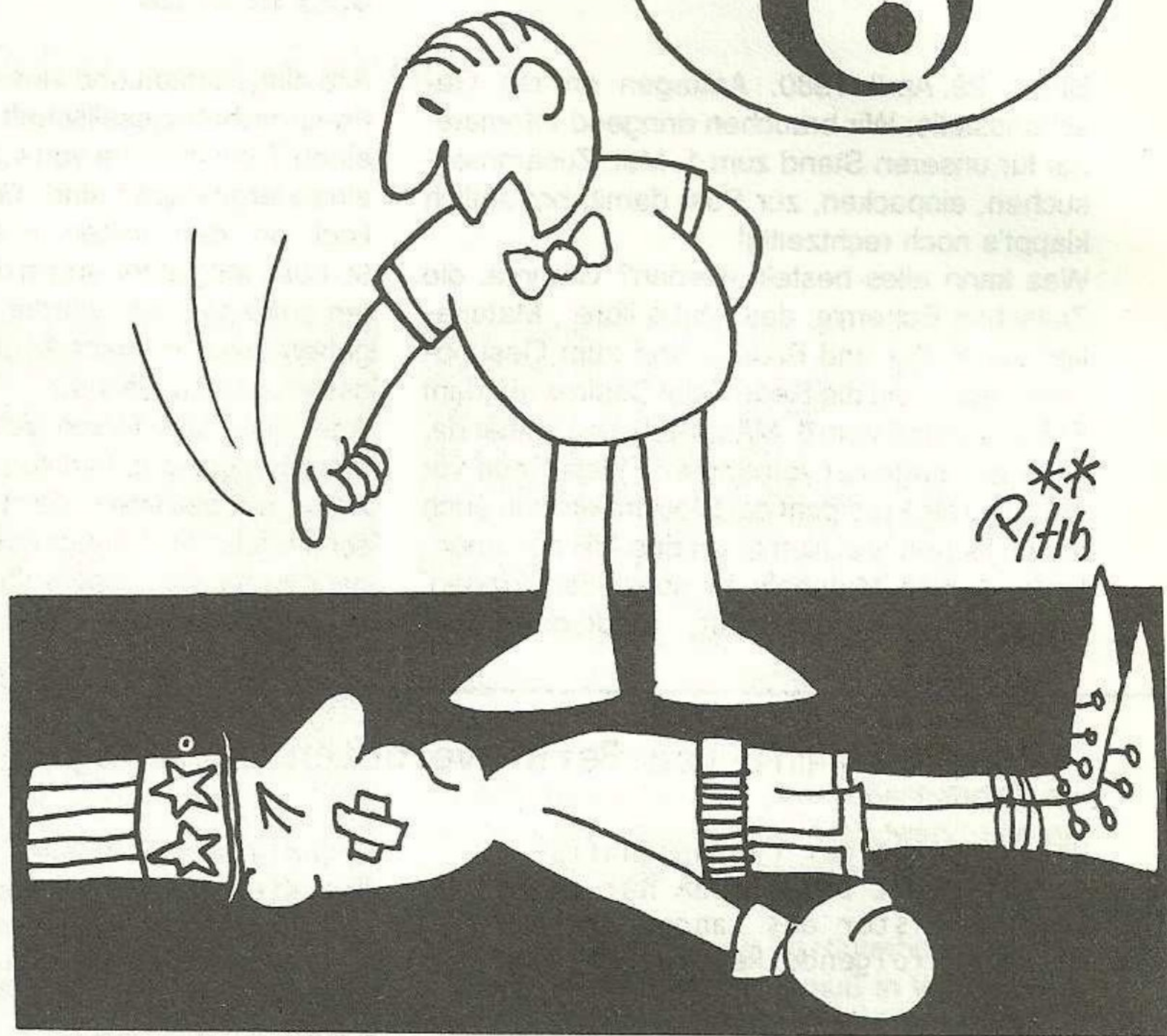
Und dann die Isla de Pinos - von Columbus entdeckt, die Schatzinsel Stevenson's, Gefängnisinsel bei den Amerikanern - heute Viehzuchtgebiet für eine neue Rinderrasse und Insel der Schulen, Insel der Jugend. 42 000 Schüler leben hier in 80 Schulen/Internaten, modernen Gebäuden, umgeben von Zitrusplantagen, in denen die Schüler nach dem Unterricht arbeiten. Beim Festival wird die Insel ihren neuen Namen bekommen: Insel der Jugend.

Dieser Film macht neugierig auf Kuba. So wie er die Vorfreude auf das Festival der Jugend und Studenten im Juli 78 in Havanna weckte, so eignet er sich auch zur Grundlage für den Bericht danach, spiegelt er doch auf seine Weise Errungenschaften und Lebensgefühl eines jungen sozialistischen Landes.

(Spendenkonto des Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika: Postscheckamt Frankfurt/Main 527 055-602, Sonderkonto Prof. Erich Wulff)

**Tips & Termine**

1,2,3,4,5,



**Mix - Tips**

Die Mix-Bars von Kuba-Festen oder -Feten sollte man durch einige Varianten des "Cuba-libre" bereichern. Hier ein paar Vorschläge der Gruppe Aachen.

- 2 cl Rum
- 1 cl Curacao weiß
- 1 cl Gin
- 2 cl Zitronensaft
- etwas Zucker
- im Shaker gut durchschütteln mit Eis und Bitter Lemon auffüllen.

- 2 cl Rum
- 2 cl Cinzano weiß
- 1 cl Ananaslikör
- 2 cl Maracuja Likör
- 4 cl Orangensaft oder Maracuja-Saft
- in den Shaker und gut mischen, mit Eis reichen

- 2 cl Rum
- 2 cl Cinzano rot
- 2 cl Grapefruit
- 1 cl Gin
- etwas Zitronensaft
- mixen, mit Eis ins Glas und zum Schluß einige Spritzer Grenadine Sirup

- 2 cl Rum
- 1 cl Curacao weiß
- 2 cl Ananassaft
- 2 cl Ananaslikör
- 1 cl Zitronensaft
- 2 Stück Ananas
- mixen, mit Eis ins Glas, zum Schluß einige Spritzer Curacao blau

Alle Drinks sind je nach Geschmack auch mit Fruchtsäften zu verlängern. Sie sollten auf jeden fall aus durchsichtigen Gläsern oder Plastikbechern getrunken werden, besonders exotisch mit Zitronen- oder Orangescheiben garniert!



Tip für Cineasten:

Anläßlich der Filmretrospektive kubanischer Filme 1959 - 1979 während der 26. Oberhausener Kurzfilmtage haben die Westdt. Kurzfilmtage und Peter B. Schumann ein Buch herausgegeben mit dem Titel "Kino in Cuba: 1959 - 1979", das u.a. auch eine Filmografie der ICAIC-Produktionen 1959 - 1978 enthält. ISBN 3 - 921600-09-X



## *Eine Reise nach Kuba*



Sylvester '80, Mitternacht. Bei karibischen 25 Grad Wärme, zwischen Strand und Swimmingpool, fallen sich einige hundert Menschen in die Arme. Was sie sich wünschen, geht übers kleine Glück hinaus. Unter die Kubaner haben sich 25 Deutsche gemischt, Teilnehmer einer Reise der Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA. Ihre Wünsche handeln von Völkerfreundschaft, von internationaler Solidarität und von menschlicher Verständigung.

Die Bundesrepublikaner haben in den letzten 14 Tagen gelernt, was diese Worte bedeuten können, wie nötig Solidarität ist mit einem Land, das vor 20 Jahren begonnen hat, aus einer deprimierenden Situation und unter demoralisierenden Umständen, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Am 19. Dezember ist die Gruppe in Berlin gestartet, da herrschten 8 Grad minus - ein Grund nach Kuba zu reisen. Der zweite: Alle Mitglieder waren Gewerkschafter, die sehen wollten, wie ein Land sich organisiert, das andere als die gewohnten kapitalistischen Prinzipien auf die Fahnen geschrieben hat.

2.555 Mark hatte jeder bezahlen müssen und da war alles drin bis auf's Taschengeld: Hotels und Verpflegung, Gebühren aller Art, jeden Tag ein Bus zum Umherreisen und von Anfang bis Ende blieb Eleonor dabei, die aufpaßte, daß essen und trinken, wohnen und reisen auch immer nach Plan klappte.

Pannen gab es nicht. Und wenn man vom Programm abwich, dann lag es an der Gruppe, die beispielsweise lieber ins malerische Städtchen Trinidad fahren wollte und dafür einen vorgesehenen Termin platzen ließ.

Das Besichtigungsprogramm - ein bis zwei Termine pro Tag - war auf die Interessen von politisch und gewerkschaftlich Interessierten zugeschnitten. Schulen und Universitäten, Krankenhäuser und Kindergärten, Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen, Genossenschaften und Selbstverwaltungsorgane.

Die Kubaner ließen sich ihren Alltag durch die sonnenverbrannten, kamerabewehrten BRD'ler nicht stören. Wer mit ihnen reden wollte, mußte sich darum bemühen. Dabei war von Älteren zu erfahren, daß sie in ihrer Jugend nicht davon

träumen konnten, einmal lesen und schreiben zu lernen, regelmäßig satt zu werden und ein vernünftiges Dach überm Kopf zu haben. Jüngere hatten Ausbildung und Karriere, Pension und Farbfernseher im Kopf - welcher Luxus in der Nachbarschaft von Haiti und Jamaica. Natürlich gab es auch junge Leute, meist Oberschüler, denen es im eigenen Land gar nicht paßte, die am liebsten raus wollten. Aber immer reduzierte sich deren Begriff von Freiheit auf Wrangler-Jeans und Chewing-Gum.

Wenn es zur Zeit so aussieht, als seien solche Aussteiger Kubas Hauptproblem, die Gewerkschaftergruppe hat es anders begriffen. Kubas Boykott durch die gesamte westliche Welt, die Abhängigkeit von landwirtschaftlichen Monokulturen und der Mangel an Facharbeitern, das sind die wahren Probleme der - immer noch - Zuckerrohrinsel.

Dennoch: Die Bundesrepublikaner haben einen Staat gesehen, der funktioniert. Da war nichts südländisch schillernd, für Reggae und Limbo bleibt wenig Zeit, denn die Menschen haben Arbeit genug. Das Leben ist in seiner Normalität eher langweilig.

Von dieser Arbeit ist selbst für Besucher etwas abgefallen. Die Hotels, die neuen und auch die alten, entsprechen gehobenen internationalen Ansprüchen. Und wenn der Service gelegentlich nicht so war, wie man es aus Teneriffa oder vom Wolfgangsee gewohnt ist, dann liegt es sicher daran, daß ein so junger Staat es sich nicht leisten kann, allzuviel Arbeitskraft in die Bequemlichkeit von Touristen zu investieren. Denen es ohnehin peinlich genug war, in klimatisierten Luxusbussen an Einheimischen vorbeizufahren, die sich bei drückender Hitze in einem Uraltbus zusammenquetschen.

Als die Gruppe aus der BRD nach mehr als zwei Wochen Besichtigungsreise und vier Tagen Erholung am Strand von Varadero bei der Abreise Resümee zog, äußerte jeder den Wunsch, einmal wieder herzukommen um zu sehen, wie es bei den Kubanern weitergegangen ist. Daß es gut weitergehen würde, daran hatte niemand Zweifel.

Herbert Meier



# FG BRD-Kuba bietet an:

## GESUNDHEITSWESEN

Von den 6.000 Ärzten, die es in Kuba vor der Revolution gab, verließen 3.000 das Land. Heute verfügt Kuba über mehr als 10.000 Ärzte, die besser ausgebildet sind und im ganzen Land Dienst tun.

Kinderlähmung, Malaria, Diphtherie, Krankheiten, denen früher Tausende zum Opfer fielen, sind heute dank der umfassenden medizinischen Versorgung aller Bevölkerungsschichten ausgerottet. Die psychiatrische Versorgung muß als beispielhaft bezeichnet werden.

Das Programm umfaßt den Besuch von medizinischen Versorgungseinrichtungen auf dem Lande, einer Lehrpoliklinik, Kinderklinik, psychiatrische Klinik, einer medizinischen Ausbildungsstätte u.v.a., dabei bieten sich Möglichkeiten der Aussprache mit kubanischen Ärzten, Medizinstudenten, medizinisch-technischem Personal usw. an.

Rundreise: HAVANNA - SANTA CLARA - SANCTI SPIRITUS - VARADERO

Datum: 10.09.1980 bis 26.9.1980  
Preis: 2.835,- DM ab/an Frankfurt/M.  
Einzelzimmerzuschlag: 350,- DM  
Visagebühren: 35,- DM

## DEMOKRATIE IN KUBA

Wie sieht Demokratie in Kuba wirklich aus? - Antwort geben Vertreter des Gewerkschaftsverbands CTC, der Gewerkschaftsjugend, der Komitees zur Vertiefung der Revolution CDR sowie Abgeordnete der Poder Popular, der 1977 erstmals gewählten Volksvertretungen.

Rundreise: HAVANNA - SANTA CLARA - SANCTI SPIRITUS - VARADERO

Datum: 18.12.1980 bis 03.01.1981  
Preis: 2.600,- DM ab/an Berlin (Schönefeld)  
Einzelzimmerzuschlag: 350,- DM  
Visagebühren: 35,- DM

ANMELDUNGEN an Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA e.V.  
Sternenburgstr. 73, 5300 Bonn 1

Auch in diesem Jahr führt die Freundschaftsgesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) in der Zeit vom 13.09. bis 17.10.1980 eine Arbeitsbrigade durch. Interessenten sollten sich möglichst schnell bei ihren Gruppenvorständen oder in der Bonner Geschäftsstelle anmelden, damit die Vorbereitungen der Brigade schnell beginnen können.

Die Brigade setzt sich aus 30 Personen zusammen, die 20 Tage in einer Mikrobrigade arbeiten und 10 Tage eine Rundreise durch Kuba machen werden.

Der Preis wird 1.600,- DM bis 1.700,- DM betragen

STUDIENREISEN 80/81